

ZUKUNFT

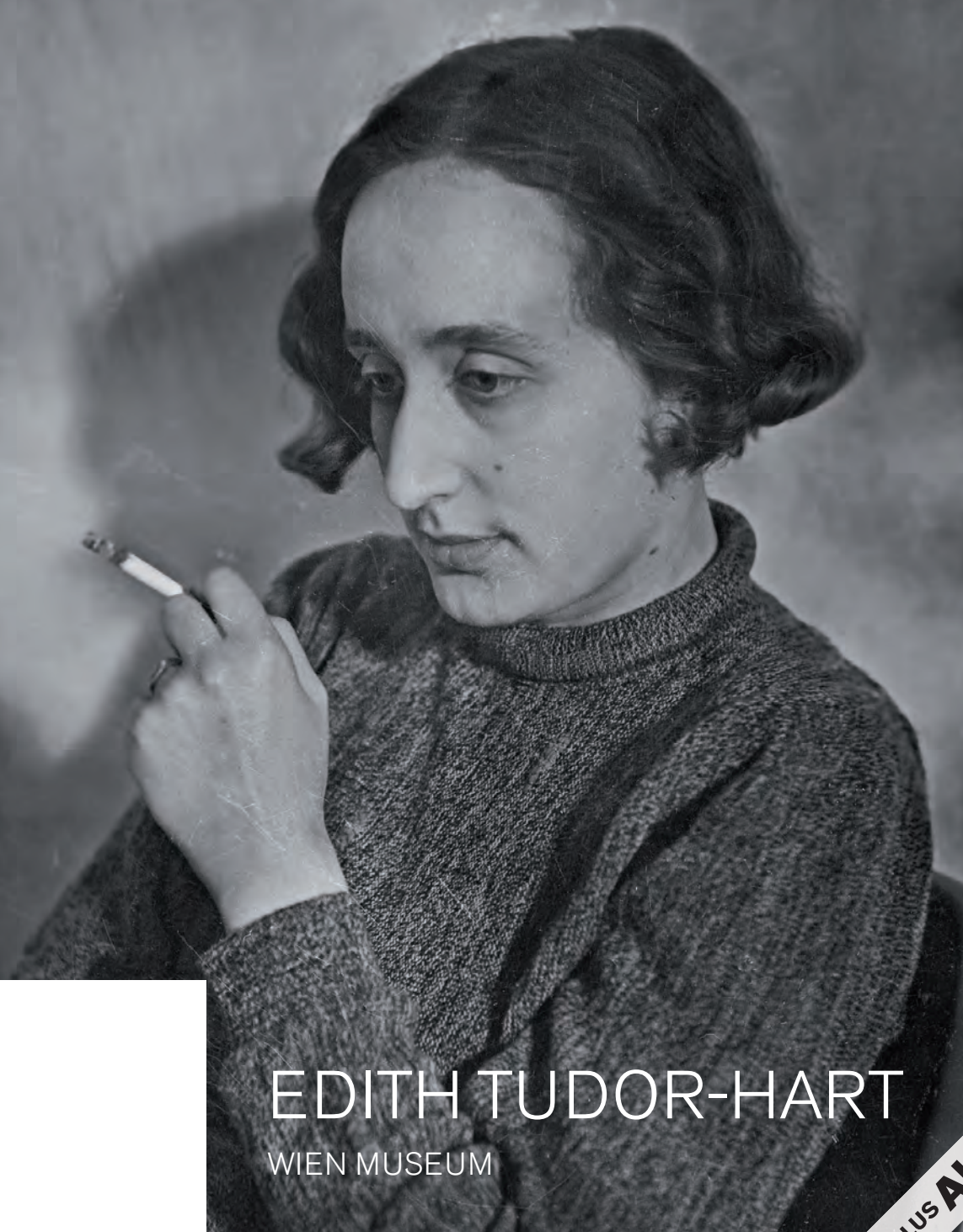
DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Die extreme Rechte
vor der EU-Wahl
Andreas Peham

Marokko nach
dem arabischen Frühling
Muna Duzdar

Machtwechsel
in Norwegen
Jens Gmeiner

Zwischen NSA und
medialem Widerstand
Anton Tantner



EDITH TUDOR-HART

WIEN MUSEUM

PLUS **Akzente.**

EDITORIAL

Eine Untersuchung des gewerkschaftsnahen deutschen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (wsi) in der Hans-Böckler-Stiftung schaffte es auch in Österreich Anfang Dezember in Österreichs Tagespresse: Die Reallöhne in Europa sinken seit Ausbruch der Krise in den meisten Staaten Europas. Geringe Wachstumsraten in Deutschland vermögen die im Vorjahrzehnt aufgetretenen Reallohnverluste nicht zu kompensieren. Weniger öffentliche Präsenz als das schlichte zahlenmäßige Faktum fand dabei die Untersuchung der Ursachen dieser Entwicklung. Naturgemäß trägt eine Wirtschaftskrise und die damit verbundene »steigende Arbeitslosigkeit in den meisten Staaten zu einer Schwächung der Gewerkschaften und ihrer Verhandlungsposition bei. Daneben wird aber vor allem ein neuer lohnpolitischer Interventionismus« konstatiert: Europas Krisenpolitik führe in vielen Ländern zu direkten staatlichen Eingriffen in die Tarifsysteme, zu Lohnkürzungen und –stopps im öffentlichen Dienst. Was als Wundermittel zur Überwindung der Krise gepriesen wird, trage aber tatsächlich zur Verlängerung der wirtschaftlichen Stagnation bei – und führt eben auch zu real sinkenden Einkommen der ArbeitnehmerInnen.

Die politischen Konsequenzen dieser europäischen Entwicklung werden unter anderem bei den Europawahlen im Mai 2014 zu ziehen sein:

Andreas Peham beschäftigt sich in seinem Beitrag mit der **Gefahr und den Potenzialen eines europaweiten Bündnisses rechter Parteien** unter Einschluss etwa der FPÖ und des französischen Front National, die mit Gleichgesinnten im November in Wien zusammentrafen, um über eine **gemeinsame Fraktion im Europaparlament zu beraten**.

Der **aktuellen politischen Lage in Marokko** wendet sich **Muna Duzdar** in ihrem **Reisebericht** aus Marokkos Hauptstadt Rabat zu.

Die jüngsten Parlamentswahlen in **Norwegen**, die zur **Ablöse** der rot-grünen **Regierungskoalition von Jens Stoltenberg** führten, sind das Thema von **Jens Gmeiner**: Der deutsche Politikwissenschaftler beleuchtet die näheren **Hintergründe für die Niederlage der norwegischen Linken** und den Regierungswechsel unter Beteiligung der norwegischen Rechtspartei.

Ausgehend vom Beitrag von Albrecht K. Konečný in ZUKUNFT 10/2013 und den Reaktionen darauf in ZUKUNFT 11/2013 wirft Ludwig Dvořák einen Blick auf die **bislang getroffenen sozialdemokratischen Ableitungen aus dem Wahlergebnis vom 29. September**.

Einen historischen Blick auf ein hochaktuelles Thema wirft **Anton Tantner**: Er untersucht die **Ursprünge der »Kontrollgesellschaft«** und zeigt auf, warum der **Widerstand** dagegen nicht nur ein historisches Phänomen, sondern auch eine notwendige Perspektive ist.

Armin Puller bespricht das jüngst erschienene **Buch** des Beirats für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen (**BEIGEWUM**), das die **Mythen des Sparens** näher beleuchtet.

Nach den Buchtipps streicht **Markus Marterbauer** in seinem **Schlusswort** die vielversprechenden arbeitszeitpolitischen Perspektiven aktueller kollektivvertraglicher Abschlüsse hervor.

Die Redaktion wünscht allen Leserinnen und Lesern erholsame Feiertage mit hohem Lesegenuss und alles Gute zum bevorstehenden Jahreswechsel!

LUDWIG DVOŘÁK
Gf. Chefredakteur

Inhalt



Selbstporträt, London, um 1936

Edith Tudor-Hart, Digitaler Inkjet-Print, 30,4 × 30 cm
© Scottish National Portrait Gallery / Archive presented
by Wolfgang Suschitzky 2004

6 Die extreme Rechte vor der EU-Wahl

VON ANDREAS PEHAM

14 Marokko nach dem arabischen Frühling

VON MUNA DUZDAR

20 Machtwechsel in Norwegen

VON JENS GMEINER

26 Vergebene Chancen?

VON LUDWIG DVOŘÁK

32 Zwischen NSA und medialem Widerstand

VON ANTON TANTNER

36 Heraussparen aus der Krise?

VON ARMIN PULLER

40 Buchtipps

Sachliches & Belletristisches

42 Bemerkenswerter Erfolg: Die Freizeitoption im Kollektivvertrag

SCHLUSSWORT VON MARKUS MARTERBAUER

Die extreme Rechte vor der EU-Wahl¹

Umfragen zu den Wahlen des Europäischen Parlaments im kommenden Mai sagen große Zugewinne für die extreme Rechte voraus. Andreas Peham beleuchtet die Situation der extremen Rechten in Europa sowie der europäischen Vernetzung der FPÖ und analysiert die Möglichkeit eines künftigen europäischen Rechtsbündnisses.

Im November 2013 trafen sich in Wien auf Einladung der FPÖ Führungskader fünf befreundeter Parteien, um einen weiteren Anlauf für ein – wie es in der parteioffiziellen Neuen Freien Zeitung heißt – »Rechtsbündnis gegen Europa« zu nehmen. Gekommen waren Vertreter des Front National, des Vlaams Belang, der Lega Nord, der Schwedendemokraten und der Slowakischen Nationalpartei. Rasch verständigte man sich auf den Kampf gegen »das Diktat der internationalen Finanzmärkte, für die Erhaltung der traditionellen Familie, gegen Genderwahn, Dekadenz und Hedonismus«. Mit Gerd Wilders, dem in dieser Runde offenbar noch nicht ganz wohl ist, wolle man sich in baldiger Zukunft gesondert absprechen. Der holländische Moslemhasser hat jedoch bereits im Sommer 2013 seine Vorbehalte gegenüber rechtsextremen Parteien fallen gelassen und sich zuerst mit FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache und dann mit Marine Le Pen (Front National) getroffen, um eine künftige Zusammenarbeit auszuhandeln. Strache sieht nach dieser überraschenden Annäherung bereits »eine reale Chance«, nach den Wahlen im Mai 2014 eine Rechtsfraktion im Europäischen Parlament bilden zu können.

Tatsächlich stehen die Chancen dafür besser denn je. Dennoch sind solche Erfolgsmeldungen mit Vorsicht zu genießen, gehört doch die Selbstdarstellung rechtsextremer Parteien als bündnis- und salonfähig insbesondere in Wahlkämpfen zu deren Geschäft. Schon im Vorfeld der EU-Wahlen 2009 tat die FPÖ-Spitze so, als stünde die Aufnahme in eine der rechtspopulistischen Fraktionen im EU-Parlament unmittelbar bevor. Die damalige Euphorie, wonach eine parlamentarische Kooperation etwa mit der Lega Nord und der Dänischen Volkspartei unmittelbar bevorstehe, war jedoch gespielt oder verfrüht: Die damals 27-köpfige Rechtsfraktion Europa der Freiheit und der Demokratie (EFD) gründete sich Anfang Juli 2009 ohne FPÖ und andere rechtsextreme bis neofaschistische

Parteien wie Front National oder Jobbik. Insbesondere die neben der Lega in der EFD tonangebende United Kingdom Independence Party (UKIP) hatte sich maßgeblich gegen die Aufnahme der FPÖ gewandt. So betonte der britische EFD-Fraktionsvorsitzende, dass in der neuen Fraktion kein Platz für Parteien sei, die »eine rassistische, fremdenfeindliche oder antisemitische Agenda vertreten.« Dieser Schmach wollen sich die Spitzen von FPÖ und Co. nach den Wahlen im Mai 2014 nicht noch einmal ausgesetzt sehen – auch um den Preis der Selbstverleugnung.

EINIGUNGSFAKTOREN

In ideologischer Hinsicht sind die Bedingungen für eine derartige Fraktion günstiger geworden: Der antimuslimische Rassismus dient als neues Vehikel der alten Fremdenfeindlichkeit in den Mainstream-Diskurs. Die Normalität bis Hegemonie des Antimuslimismus macht diesen zum idealen Instrument, um aus der »Extremismus«-Ecke zu kommen. Dabei behilflich sind bereits akzeptierte (rechtspopulistische) Parteien wie Wilders Partei für die Freiheit (pvv), die damit begonnen haben, ihre Abgrenzung zum Rechtsextremismus aufzugeben. Dem Feindbild Islam kommt heute zentrale Bedeutung als transnationaler Einigungsfaktor zu. Das rechte Europa (der »Vaterländer«) definiert sich in erster Linie negativ und über paranoide Abgrenzung von der angeblichen islamischen Gefahr: »Wir sind europäische Brüder, weil wir nicht islamisiert werden wollen.« (Heinz-Christian Strache)

Neben (muslimischer) Migration und Globalisierung bedroht in den Diskursen der europäischen Rechtsparteien die – oft dem Wirken geheimer Drahtzieher im Hintergrund zugeschriebene – europäische Integration die Nationalstaaten oder Völker. Die gerne als »Diktatur« oder »Bonzokratie« bezeichnete EU(-Bürokratie) stellt einen weiteren verbindenden Feind dar. Paradoxaerweise sind es aber gerade die Institutionen der

verhassten EU, welche Rechtsextreme in den einzelnen Mitgliedsstaaten mit Förderungen belohnen. Insbesondere das Europäische Parlament, das es in einem von rechtsextremer Seite dauernd geforderten »Europa der Völker« gar nicht geben dürfte, muss (mittels Fraktionsmitgliedschaften und Abgeordnetenbudgets) mittlerweile als eine unfreiwillige Finanzquelle der extremen Rechten angesehen werden.

Besonders attraktiv, ja für die politische Relevanz im EU-Parlament entscheidend, ist die Mitgliedschaft in einer Fraktion, zu deren Bildung Parteien aus sieben EU-Ländern und mindestens 25 Abgeordnete notwendig sind. Rechtsextreme Parteien – noch dazu wenn sie aus benachbarten Ländern kommen – konnten sich aufgrund ihres Nationalismus und Revanchismus bis vor kurzem jedoch nur schwer auf eine inhaltliche Plattform einigen. Einer, der von dieser Schwierigkeit ein Lied singen kann, ist FPÖ-MEP Andreas Mölzer.

ERFOLGE UND RÜCKSCHLÄGE

Im Jänner 2007 gelang es ihm und Kamerad_innen, eine Fraktion im EU-Parlament zu bilden: Identität – Tradition – Souveränität (ITS). Neben der FPÖ und dem Front National gehörten der 23-köpfigen Fraktion die Großrumänienpartei, der Vlaams Belang, die bulgarische Ataka, ein Dissident der UKIP und ein »unabhängiger« Abgeordneter aus Rumänien sowie die beiden Neofaschist_innen Alessandra Mussolini und Luca Romagnoli (Fiamma Tricolore) an. Jedoch, wie schon die ähnlichen Zusammenschlüsse davor, zerbrach auch die ITS-Fraktion bald am nationalistischen Ressentiment: Rumänische Rechtsextreme wollten sich nicht von italienischen Neofaschist_innen als »Zigeuner« beschimpfen lassen. Nachdem Mussolini im November 2007 einmal mehr rumänische Migrant_innen in Italien kollektiv als »Kriminelle« beflegelt und sogar den Botschafter Rumäniens zum Verlassen des Landes aufgefordert hatte, verließ die PRM umgehend die Fraktion, die aufgrund der nun zu geringen Anzahl von Mitgliedern somit Geschichte war.

Ende 2010 wurde mit der von einzelnen Abgeordneten und Kadern rechtsextremer und -populistischer, im Europäischen Parlament mehrheitlich fraktionsloser Parteien wie der FPÖ und dem Vlaams Belang gegründeten Europäischen Allianz für Freiheit (EAF) der jüngste Versuch in Sachen Bildung eines Bündnisses gestartet. Mit der EAF sollte daneben ein Keil in die EFD-Fraktion getrieben werden. So integriert die EAF die EFD-Mitglieder von der Slowakischen Nationalpartei und der litauischen Ordnung und Gerechtigkeit. Jedoch hielten

sich Front National, Lega Nord, Dänische Volkspartei und Wahre Finnen mit einer Teilnahme (noch) auffallend zurück. Der Grund dafür dürfte in der anfänglichen (bis Juni 2011 dauernden) EAF-Mitgliedschaft der Jobbik-Europaabgeordneten Krisztina Morvai zu finden sein.

Zum längerfristigen Ziel hat die EAF, die im Frühjahr 2011 als EU-Partei anerkannt wurde und der FPÖ-MEP Andreas Obermayr vorsteht, das Aufhalten und Rückgängigmachen des europäischen Integrationsprozesses – getarnt als Kampf gegen »Zentralismus«. In auffälliger Übereinstimmung mit Kapitalinteressen wird einer bloßen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und dem Binnenmarkt das Wort geredet, während die politische Union und hier vor allem eine einheitliche Sozialpolitik zurückgefahren werden soll. Zudem will man in einem Europa der zwei Geschwindigkeiten die ökonomisch schwächeren und als »faul« denunzierten Länder des Südens wieder abkoppeln und aus dem Euro-Verbund ausschließen.

FRANZÖSISCHE FRONT

Erst seit Oktober 2011 ist Marine Le Pen Mitglied in der EAF. Der seit seiner Gründung 1972 bis 2011 von ihrem Vater Jean Marie Le Pen angeführte rechtsextreme Front National (FN) ist seit 1984 im EU-Parlament vertreten. Die Geschichte des FN ist wie die vieler anderer rechtsextremer Parteien eine der Richtungsschwenks: Zuerst hieß man etwa die Westbindung und NATO-Mitgliedschaft Frankreichs gut, auch die EU war noch kein Feind. In den 1990er Jahren kam es dann zu einem radikalen Politikwechsel: Nun begann Le Pen, gegen die USA und die europäische Integration zu wettern. Am Parteikongress 2000 wurden sogar der EU-Austritt und die Wiedereinführung des Franc gefordert. Bereits Ende 1990 besuchte Le Pen Saddam Hussein in Bagdad, um ihm die Solidarität der »europäischen Nationalisten« im Kampf gegen die USA zu versichern. 2002 wollte er neuerlich nach Bagdad reisen, um das »irakische Volk in seinem Widerstand gegen die weltweite Tyrannei« zu stärken. Mit seinen zunehmend schrilleren proarabischen Tönen machte sich der große alte Mann des FN jedoch in Frankreich immer weniger beliebt, manche sahen angesichts der Wahlniederlagen und der Fraktionskämpfe bereits das Ende des FN nahen.

Anfang 2011 übernahm MEP Marine Le Pen nach langem Richtungsstreit und zahlreichen Abspaltungen die Partei von ihrem Vater. MEP Bruno Gollnisch, FN-Chefideologe und Vertreter des rechts außen Flügels, wollte ihr das Erbe jedoch streitig machen. Nach seiner Niederlage in einer Kampfab-

stimmung blieb er aber (noch) in der Partei, wo er mit Argusaugen über jeden Schritt wacht, den Marine Le Pen in Richtung Rechtspopulismus zu setzen versucht. Während Jean Marie Le Pen die Gaskammern noch als (vernachlässigungswürdiges) »Detail der Geschichte« verharmlost hat, meint seine Tochter, dass mit den Nazi-Lagern der »Höhepunkt der Barbarei« erreicht worden sei. Als der *Le Nouvel Observateur* im März 2011 ein Foto veröffentlichte, das einen FN-Kader neben einem Skinhead und mit Hitlergruß zeigt, reagierte die neue Vorsitzende umgehend und warf den Jungnazi aus der Partei, womit sie sich öffentliche Kritik ihres Vaters zuzog. Gollnisch sprach sich ebenfalls gegen den Rauswurf des Neonazis aus und behauptete in bewährter Täter-Opfer-Umkehr, dass das Foto möglicherweise gefälscht und Teil einer antifaschistischen Intrige sei.

Auch im Interview mit der *Jungen Freiheit* widersprach Gollnisch im Frühjahr 2011 der neuen Vorsitzenden: Gefragt nach dem angeblichen neuen (antiislamischen und pro-jüdischen) Kurs des FN, meinte er, dass man keine Religionen bekämpfe, sondern (vor allem muslimische) »Einwanderer«, die »inakzeptable Ansprüche auf Sonderrechte« stellten und sich weigern würden, »unsere Gesetze, Bräuche und Sitten anzuerkennen«. Im Gegensatz zu Geert Wilders und – wie es vorübergehend schien – Heinz-Christian Strache werde der FN einen »ausgewogenen Kurs« im Nahostkonflikt fahren.

Am FPÖ-Chef und an seiner vorübergehenden Israel-Begeisterung wagt Gollnisch dann etwas mehr Kritik: »Die Chancen einer europäischen Partei der nationalen Rechten können nicht in einem vom Ausland erteilten Ritterschlag liegen. Das Beispiel des Herrn Fini² in Italien hat gezeigt, dass so etwas einem höchstens vorübergehende Erfolge verschafft, dass man dabei aber gleichzeitig seine Seele in Kompromissen und Zugeständnissen verspielt und die Glaubwürdigkeit der betreffenden Partei dauerhaft beschädigt.« Derartigen Querschüssen zum Trotz ist es Marine Le Pen gelungen, den um 2005 einsetzenden Abwärtstrend des FN aufzuhalten, ja umzukehren. Bereits bei den Regionalwahlen 2010 erlebte der FN ein Comeback und erhielt landesweit 11,4 Prozent. Schließlich erreichte Marine Le Pen bei den Präsidentschaftswahlen 2012 mit 17,9 Prozent das beste Ergebnis für den FN.

Der FN ist seit seiner Gründung eine nicht wegzudenkende Größe im internationalen Netzwerk an der Schnittstelle zwischen Rechtsextremismus und Neonazismus bzw. Neofaschismus. Kannte Jean Marie Le Pen entsprechend seiner ei-

2. Gollnisch spielt hier auf die Israel-Reise Gianfranco Finis an: Der Vorsitzende der Alleanza Nazionale hatte 2003 dort den Faschismus zum Entsetzen der Parteirechten um Alessandra Mussolini als »die Verkörperung des absoluten Übels« bezeichnet.

genen Gesinnung keine Berührungängste zu Neonazis und Neofaschist_innen, begann Marine Le Pen sich umzuorientieren – weg von den Pogromhetzer_innen und hin zu den Identitätsbewahrern. Demgegenüber scheint Gollnisch, den eine lange Freundschaft mit Mölzer verbindet, der alten Linie treu zu bleiben – etwa als Vorsitzender der 2009 in Budapest auf Initiative der Jobbik gegründeten Allianz der europäischen Nationalen Bewegungen (AENB), dem jüngsten Zusammenschluss rechtsextremer und neonazistischer/neofaschistischer Parteien. Diese Doppelgleisigkeit fand erst im Oktober 2013 ein Ende, als Gollnisch auf Wunsch von Marine Le Pen den AENB-Vorsitz zurücklegte.

Angesichts der Dominanz von offen neofaschistischen Kräften in der AENB nahm die FPÖ von einem Beitritt Abstand. Jedoch begleiteten Mölzer und Obermayr im August 2010 eine AENB-Delegation nach Japan. Aber ganz wohl war den Freiheitlichen offenbar nicht in dieser Runde, zumindest wurde in Berichten über die Japan-Reise die Teilnahme der British National Party und der Fiamma Tricolore verschwiegen.

FLÄMISCHE BELANGE

Neben FPÖ und FN gilt der flämische Vlaams Belang (VB) als Avantgarde in Sachen antimuslimisch-europäischer Vernetzungsarbeit. Der VB wurde 1978 als Vlaams Blok in der Tradition der flämischen Nazi-Kollaboration gegründet und 2004 nach einem Gerichtsurteil wegen rassistischer Verhetzung in Vlaams Belang umbenannt. Beim VB handelt es sich um eine separatistische Partei, die für die Aufspaltung Belgiens und für einen unabhängigen Staat Flandern kämpft. Der 2004 erfolgte Namenswechsel gehorchte dem Wunsch nach Durchbrechen des belgischen cordon sanitaire, der den VB bis dato von jedem Regierungsamt ausschließt.

Wurden Jüdinnen und Juden (vor allem in Antwerpen) früher von der VB-Propaganda meist abgeschreckt, so werden sie seit einiger Zeit gezielt als potentielle Opfer der Moslems umworben. Auch versucht der VB die einst offene Flanke gegenüber neonazistischen Gruppierungen zu schließen. Ende 2008 wurde etwa ein VB-Ratsmitglied in Machelen ausgeschlossen, nachdem ein Video aufgetaucht war, das ihn beim Singen eines antisemitischen Liedes zeigt. Den Ausschluss nahmen Neonazis in ihrer Abrechnung mit einer behaupteten »Israel-Connection« zum Anlass, um zu raunen, im VB werde nun »das Singen inkorrektur Lieder bei privaten Anlässen verfolgt.« Demgegenüber hellauf begeistert waren Neonazis, als sie Anfang 2011 erfuhren, dass der wegen Holocaustleugnung

verurteilte Ex-vb-Vizepräsident Roeland Raes dennoch nicht aus der Partei ausgeschlossen worden war.

Der vb ist eine der wenigen europäischen Parteien, die bis dato vom Schwenk auf das antimuslimische Ticket nicht profitieren konnten. Bei der EU-Wahl im Juni 2009 fiel er von 14,3 Prozent auf zehn Prozent, 2010 musste der vb in Antwerpen bei Kammer- und Senatswahlen den Verlust von jeweils rund acht Prozent hinnehmen. Schließlich setzte es bei den Kommunalwahlen 2012 ein regelrechtes Debakel: In Antwerpen, wo der vb 2006 auf 33,5 Prozent gekommen war, verlor er fast Dreiviertel seiner Gemeinderatssitze.

Der vb hat beste Kontakte zu Gleichgesinnten in ganz Europa, spätestens seit 2000 auch zur FPÖ. Mit ihr arbeitet er am Aufbau einer abendländischen Front gegen den Islam und den EU-Beitritt der Türkei. Im Europäischen Parlament bastelten FPÖ und vb gemeinsam mit den Abgeordneten des FN an der kurzlebigen ITS-Fraktion, gemeinsam versucht man seit deren Scheitern im November 2007 aus der Schmutzdecke und endlich wieder zu Fraktionsehren zu kommen. Dabei sind die jüngsten Aktionen des vb wie etwa die Einrichtung einer Internet-Meldestelle für mutmaßlich illegale Migrant_innen nicht gerade förderlich, daher ging Mölzer zuletzt etwas auf Distanz zu den flämischen Kameraden: »Dem forcierten Denunziantentum kann ich nichts abgewinnen.«

SCHWEDISCHE »DEMOKRATEN«

Die 1988 im neonazistischen Milieu gegründeten Schweden- demokraten (SD) versuchen seit einiger Zeit, vom rechten Rand wegzukommen. Jedoch wurde ihnen noch 2007 vom deutschen Rechtsextremismusforscher Richard Stöss attestiert, »an ihren Rändern [...] mit der Neonaziszene vernetzt« zu sein. 2003 hieß es im Manifest der SD: »Die kritische Zutat einer sicheren, harmonischen, soliden und solidarischen Gesellschaft ist die gemeinsame Identität, die einen hohen Grad an ethnischer und kultureller Einheitlichkeit unter den Menschen erfordert.« Im November 2012 wurde öffentlich, dass SD-Führungskader Kent Ekeroth gemeinsam mit zwei Parteifreunden im Juni 2010 mit Eisenstangen bewaffnet in Stockholm Jagd auf Migranten gemacht hatte. In der Folge kündigte Ekeroth an, sich eine Auszeit als Parlamentsabgeordneter nehmen zu wollen, wovon jedoch nicht viel zu merken ist.

Um 2005 begannen auch die SD, ihren Anti-Migrationsrassismus als »Islamkritik« oder Kampf gegen den »Islamismus« zu tarnen. Die SD schafften bei den Wahlen 2010 mit 5,7 Pro-

zent und 20 Sitzen erstmalig den Einzug in den Stockholmer Reichstag. Ein Jahr zuvor gingen die SD bei den EU-Wahlen mit 3,3 Prozent noch leer aus. Wie im Falle der Lega Nord scheint das jüngste Bündnis auch bei den SD noch nicht beschlossene Sache zu sein: Am letzten Parteitag konnte Ende November 2013 keine Mehrheit für eine Zusammenarbeit mit der FPÖ und anderen rechtsextremen Parteien gefunden werden, zumal die Delegierten von einem Gastredner aus der befreundeten Dänischen Volkspartei ausdrücklich davor gewarnt worden waren.

SLOWAKISCHE NATIONALIST_INNEN

Die Beziehungen der FPÖ zur Slowakischen Nationalpartei (SNS) gestalten sich nach Startschwierigkeiten mittlerweile einfacher. Die Ende 1989 gegründete rechtsextreme Partei versucht Christentum, Nationalismus und Sozialismus zu verschmelzen. Der die SNS zwischen 1994 und 2012 anführende Ján Slota machte 2000 erstmals Schlagzeilen, als er als Bürgermeister von Zilina dem Nazi-Kollaborateur Jozef Tiso dort eine Gedenktafel stiftete. Die 2006 erfolgte Adaption der SNS zur Regierungspartei hat dieser bei den Wahlen vier Jahre später geschadet: Die SNS kam nur mehr auf 5,1 Prozent (minus 6,6 Prozent), bei den vorgezogenen Neuwahlen im März 2012 flog sie schließlich mit 4,6 Prozent aus dem Parlament. Jedoch konnte die Slota-Truppe bei der EU-Wahl 2009 reüssieren: Sie erreichte 5,6 Prozent und verstärkte im EU-Parlament mit einem Mandatar die EFD-Fraktion.

Das machte sie für die Anschluss suchende FPÖ attraktiv: Im Sommer 2011 vereinbarte die FPÖ mit der SNS eine Partnerschaft für ein »Europa der Vaterländer, basierend auf den christlich-abendländischen Wurzeln, die es zu verteidigen bzw. wiederzubeleben gilt.« Als Partei, die 2007 die Beneš-Dekrete vom Parlament für auf alle Zeiten »unantastbar« erklären ließ, war die SNS gegenüber der revanchistischen FPÖ zunächst skeptisch eingestellt. Was durchaus auf Gegenseitigkeit beruhte: Noch im Oktober 2010 hieß es in einem FPÖ-Schulungspapier, Slota hätte vor Gericht zugegeben, »in der Vergangenheit Brandstiftung, Autodiebstahl und Misshandlungen an Ungarn verbrochen zu haben«.

Aber in der Folge brauchte die FPÖ Slota als eine der Brücken in die EFD-Fraktion und so lud sie ihn bereits im April 2011 nach Wien ein, wo bei einer »Abklärung zu inhaltlichen Positionen« auch die »Vertriebenenfrage angesprochen« worden sein soll. Laut einem freiheitlichen Beobachter hätten die »slowakischen Gesprächspartner signalisiert, den Wün-

schen nach einer Aufhebung der Beneš-Dekrete möglicherweise nachkommen zu können«. So viel Konjunktiv macht durchaus Sinn, denn es ist nur schwer vorstellbar, dass die SNS dieses Signal auch dem eigenen Anhang gegenüber aussendet. Dennoch unterzeichneten die Vorsitzenden von FPÖ und SNS nun ein »Partnerschaftsabkommen«. Darin fehlen wenig überraschend die Beneš-Dekrete, dafür werden »die Werte, auf welchen die europäische Demokratie gewachsen ist« ausbreitet. Nach der im Oktober 2012 erfolgten Übernahme des SNS-Vorsitzes durch Andrej Danko verlieh Strache seiner Hoffnung Ausdruck, wonach »die Zusammenarbeit nicht nur fortgeführt, sondern sogar noch weiter ausgebaut wird.«

NORDITALIENISCHE SEPARATIST_INNEN

Bis vor kurzem galt die Abgrenzung vom Rechtsextremismus auch für die 1989 von Umberto Bossi etablierte rechtspopulistische Lega Nord. Aber insbesondere Legamep Mario Borghezio ist schon seit mehr als zehn Jahren in bestem Einvernehmen mit Freiheitlichen. Ihm ist es zu maßgeblich zu verdanken, dass die Partei ihre anfängliche Zurückhaltung gegenüber der FPÖ aufgegeben hat: Die gemeinsamen Auftritte häuften sich nach 2009 und Anfang Juni 2011 hieß es sogar, dass die Lega die Aufnahme der FPÖ in die EFD-Fraktion begrüße. Bereits im Oktober 2010 beteuerte ein Lega-Europaabgeordneter bei einem Treffen in Wien, »keine politischen Vorurteile« mehr gegenüber der FPÖ zu haben und für »neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit offen« zu sein.

In den späten 1990er Jahren war Lega-Anführer Bossi noch um Distanz zur FPÖ bemüht, nicht ohne – anhand des damaligen FPÖ-Obmannes Jörg Haider – auf einen zentralen Unterschied zwischen diesen beiden Parteien hinzuweisen: »Haider ist ein kleiner Nazi, vielmehr ein Kind von Nazis – wir aber sind die Kinder von Partisanen, von Menschen die in den Konzentrationslagern waren; was haben wir denn mit ihm zu schaffen? Wir haben eine andere, demokratische Geschichte.« Nachdem Bossi Anfang 2012 im Zusammenhang mit der Veruntreuung von Parteigeldern als Vorsitzender zurückgetreten war, stand einer offiziellen Zusammenarbeit mit der FPÖ nichts mehr im Wege, zumal sein Nachfolger Roberto Maroni schon gegenüber Haider keine Berührungängste kannte. Jedoch scheint der Kurs der Lega vor der kommenden Kampfabstimmung um den Parteivorsitz Mitte Dezember wieder zur Disposition zu stehen: Setzt sich der neuerlich kandidierende Bossi durch, wird die Lega wohl wieder auf Distanz zu FPÖ und FN gehen.

HOLLÄNDISCHER POPULIST

Bei der Partei für die Freiheit (pvv) handelt es sich um eine 2006 von Geert Wilders als Einmannshow gegründete rechtspopulistische, militant antiislamische Wahlbewegung. Für Furore sorgte Wilders, der den Koran verbieten lassen möchte, mit der Veröffentlichung des antiislamischen Propagandafilmes Fitna (2008). Nach mehreren Anzeigen wegen des Verdachts der Verhetzung wurde Wilders im Juni 2011 von einem Amsterdamer Gericht freigesprochen. Am Rande des Prozesses verdeutlichte der pvv-Anführer noch einmal, warum er angeklagt worden war: »Überall in Europa führen multikulturelle Eliten einen totalen Krieg gegen ihre eigene Bevölkerung, indem sie die Masseneinwanderung und die Islamisierung fortsetzen, die am Ende zu einem islamisierten Europa ohne Freiheit führt, zu einem Eurabien.«

Mit seiner antiislamischen Agitation gelang es Wilders, gleich beim ersten Wahlantritt 2006 ins Parlament zu kommen (5,9 Prozent, neun Mandate), vier Jahre später wurde die pvv mit 15,5 Prozent (24 Mandaten) drittstärkste Kraft und duldet in der Folge bis Ende April 2012 die konservativ-rechtsliberale Minderheitsregierung, was ihr nicht genutzt hat: Bei den folgenden Wahlen fiel sie auf 10,1 Prozent. 2009 schaffte die pvv mit vier Abgeordneten den Einzug ins EU-Parlament, wo sie jedoch ohne Fraktionsanbindung blieb.

Wilders war bis Herbst 2013 um Distanz zur FPÖ und zum FN bemüht, was ihm Strache nicht verzieh. Der FPÖ-Chef versuchte noch Anfang 2011, den Spieß umzudrehen: »Ich halte Geert Wilders für ein Strohfeuer, das bald erlöschen könnte. Eine Zusammenarbeit strebe ich aufgrund seiner undifferenzierten Positionen nicht an. Jemand, der Aussagen tätigt, wie etwa, dass man die Araber hinter den Jordan zurücktreiben müsse, oder der Koran-Verbrennungen initiiert, kann für uns kein Partner sein. Wilders ist ein Selbstdarsteller und eine Ein-Mann-Partei. Seine Aussagen schaden eher einer kritischen Auseinandersetzung mit dem Islamismus, als dass sie nützen.«

UNGELIEBTE »EXTREMISTEN«

Die FPÖ schließt heute jede Kooperation mit neonazistischen und neofaschistischen Parteien wie der Goldenen Morgenröte oder Jobbik aus. Zumindest zu letzteren hatten die Freiheitlichen bis 2010 freundschaftliche Kontakte. Aber diese opferten die Freiheitlichen 2010 der erstrebten Salonfähigkeit. In der Ende 2010 gegründeten EAF war Jobbik-EU-Spitzenkandidatin Kristina Morvai zunächst noch Mitglied. Weil aber plötzlich

eine Kooperation mit Jobbik nicht mehr »dem freiheitlichen Geist« entspreche, kam die FPÖ in Argumentationsnotstand. Darum wurde behauptet, dass Morvai gar nicht Jobbik-Mitglied sei oder sie ohnehin nur »Beobachterstatus« in der EAF habe. Beendet wurde dieser Eiertanz im Frühsommer 2011, als Morvai aus der EAF wieder austrat oder ausgeschlossen wurde – mutmaßlich eine Bedingung für den Eintritt Marine Le Pens, der dann auch im Oktober 2011 erfolgte. Jobbik-Anführer Gabor Vona war angesichts des freiheitlichen Verrates enttäuscht, in einem Brief an Strache machte er Mitte Juli 2011 seinem Ärger über die freiheitlichen Volten Luft: Die jüngsten Distanzierungen der FPÖ-Spitze würden »völlig entgegen [den] in den letzten Jahren ausgebildeten freundlichen und guten Beziehungen unserer Parteien« stehen. Der Jobbik-Anführer drückt jedoch seine Hoffnung aus, dass man künftig wieder gemeinsam die »lebenswichtige Schlacht« gegen den zersetzenden Liberalismus kämpfen werde. Dieser Wunsch könnte entgegen aller momentanen Beteuerungen der FPÖ-Spitze bald wieder in Erfüllung gehen, hat Strache doch bereits im Juni 2013 festgestellt, dass es im EU-Parlament gar keine »extremistischen Kräfte« gebe. 🍀

ANDREAS PEHAM

ist Rechtsextremismusexperte im Dokumentationsarchiv
des österreichischen Widerstandes.



Aus der Serie „Moving and Growing“ [»Sich bewegen und wachsen«], 1951
Edith Tudor-Hart, © Wien Museum

EDITH TUDOR-HART

EDITH TUDOR-HART – IM SCHATTEN DER DIKTATUREN

Die Wiederentdeckung einer großen österreichisch-britischen Fotografin: Edith Tudor-Hart (1908–1973), die in Österreichs Fotogeschichte unter ihrem Mädchennamen Edith Suschitzky bekannt ist, zählte zur Riege jener politisch engagierten Fotografinnen und Fotografen, die in der Zwischenkriegszeit mit sozialkritischem Impetus den politischen Entwicklungen begegneten.

Edith Suschitzky studierte am Bauhaus in Dessau und arbeitete um 1930 als Fotografin in Wien – zugleich war sie sowjetische Agentin. 1933 heiratete sie einen ebenfalls der kommunistischen Partei nahestehenden Engländer und flüchtete mit ihm nach Großbritannien. Dort entstanden brillante Sozialreportagen in den Londoner Slums oder im walisischen Kohlenrevier, die heute zu den Hauptwerken der britischen Arbeiterfotografie zählen.

Die Ausstellung ist die erste monografische Präsentation von Edith Tudor-Harts Werk. Neben Highlights der Zeit in England ist auch eine Auswahl ihrer frühen Wiener Bilder zu sehen. Ihre unprätentiösen, dokumentarisch geprägten Fotografien zu sozialen Themen stammen größtenteils aus dem Bestand der National Galleries of Scotland.

Wien Museum Karlsplatz
Bis 12. Januar 2014
1040 Wien, Karlsplatz 8
www.wienmuseum.at



Marokko nach dem arabischen Frühling

Anfang Oktober nutzte die Wiener Gemeinderätin Muna Duzdar eine Konferenz der weltweiten Organisation der vereinten Städte und lokalen Regierungen in Marokkos Hauptstadt Rabat, um mit VertreterInnen säkularer marokkanischer Parteien und der Zivilgesellschaft zusammenzutreffen. Für die ZUKUNFT fasst sie ihre Eindrücke der Reise zusammen.

Der Anlass meiner Reise nach Marokko war die vierte Konferenz der weltweiten Organisation der vereinten Städte und lokalen Regierungen (UCLG – United Cities and Local Governments) vom 1. bis 4. Oktober in Rabat. Der Österreichische Städtebund ist Mitglied dieser weltweiten Vereinigung und als Mitglied seiner Delegation, die sich Mitgliedern des Wiener, Innsbrucker und Linzer Gemeinderats zusammensetzte, nahm ich an dieser Veranstaltung teil.

Es war mir jedoch ein Anliegen, diese Reise auch dafür zu nutzen, mehr über die gegenwärtige politische Situation der einzigen Monarchie Nordafrikas, insbesondere nach dem »arabischen Frühling«, zu erfahren. Wie bereits bei anderen Reisen in die Länder des »arabischen Frühling« erlebte ich auch den marokkanischen Botschafter als sehr offen und an einem engeren Austausch mit Österreich sehr interessiert. Auch wenn im konkreten Fall die unterschiedlichen Standpunkte in der Westsahara-Frage zweifellos ein ernstzunehmendes politisches Hindernis darstellen, erstaunt mich allerdings der Umstand, dass es seit einigen Jahren offenbar grundsätzlich für ausländische Botschafter kaum möglich ist, mit dem österreichischen Außenminister zusammenzutreffen.

Auf meiner Reise traf ich – in unterschiedlicher Zusammensetzung gemeinsam mit anderen Delegationsmitgliedern – VertreterInnen von vier marokkanischen Parteien: der Sozialistischen Union der Volkskräfte (Union socialiste des forces populaires – USFP), der Mitgliedspartei der Sozialistischen Internationale, die derzeit mit 39 von 395 Abgeordneten im Parlament vertreten ist und den Regionalpräsidenten der Hauptstadt Rabat stellt; der Volksbewegung (Mouvement

populaire), die der liberalen Internationalen angehört und 32 Abgeordnete hat; und der Partei des Fortschritts und des Sozialismus (Parti du progrès et du socialisme – PPS), die 1974 aus der verbotenen Kommunistischen Partei hervorgegangen war und heute 18 Sitze im Parlament hält. Schließlich kam es auch zu einem Zusammentreffen mit dem Parlamentspräsidenten, der der konservativ-nationalen Unabhängigkeitspartei (Parti de l’Istiqlal) angehört, die gegenwärtig mit 60 Abgeordneten die zweitstärkste Parlamentsfraktion darstellt. Zudem konnte ich mit Vertretern der Regionalregierung von Rabat und RepräsentantInnen der Zivilgesellschaft Gespräche zu führen.

SONDERSTELLUNG MAROKKOS

Marokko unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht von anderen arabischen Ländern Nordafrikas: Historisch gesehen war Marokko das einzige arabische Land Nordafrikas, das die osmanische Besatzung zurückdrängen konnte, während der Rest Nordafrika, einschließlich Tunesiens, lange unter osmanischer Herrschaft stand. Während im Zuge der De-Kolonialisierung in den meisten Ländern Nordafrikas nationale Befreiungsbewegungen die Macht übernahmen und bestehende Monarchien, auch wegen ihrer Kollaboration mit den Kolonialmächten, beseitigten, blieb Marokko Monarchie.

Der Sultan nahm 1957 den Titel eines Königs an, anders als etwa Algerien, Tunesien oder Ägypten gab es keine Anlehnung an sozialistische Ideen in der Wirtschafts- oder Sozialpolitik. Feudale Stammesstrukturen, die man in Tunesien gezielt zu zerschlagen versuchte, blieben bestehen. Marokko stand im Kalten Krieg klar im Lager der USA, KommunistInnen und SozialistInnen wurden phasenweise politisch verfolgt. Nach der Räumung der Westsahara durch Spanien hat Marokko zu-

nächst Teile und schließlich das gesamte Gebiet besetzt. Nach blutigen Auseinandersetzungen kam es Anfang der 1990er-Jahre zu einem Waffenstillstand im Rahmen eines UN-Friedensplans, der jedoch bis heute nicht umgesetzt wurde.

Marokko weist meinem Eindruck nach in seinem politischen System gewisse Ähnlichkeiten mit Jordanien auf, das ebenfalls auf eine sehr starke Stammesgesellschaft aufbaut und offiziell eine konstitutionelle Monarchie ist. Ein wirklich auffälliger Unterschied liegt aber zweifellos in der Rolle des Königs und seiner Popularität. Von allen arabischen Ländern, in die ich bislang gereist bin, ob Palästina, Jordanien, Libanon, Syrien oder Tunesien, ist es mir noch nie passiert, dass ein Herrscher oder ein Monarch so respektiert war wie in Marokko. Unabhängig davon mit welchen ParteienvertreterInnen und VertreterInnen der Zivilgesellschaft ich auch gesprochen habe, es gab kein kritisches Wort über den König selbst oder über die Monarchie an sich.

DIE ROLLE DES KÖNIGS

Das erscheint mir insofern bemerkenswert, weil es nicht alleine durch Repressalien gegen die freie Meinungsäußerung, wie sie von Menschenrechtsgruppen immer wieder kritisiert wurden, erklärbar ist. Ähnliche und schlimmere Kritik wird auch an Länder wie Jordanien erhoben, trotzdem demonstrieren die Menschen im Zentrum Ammans jeden Freitag vor der Moschee und die sehr persönlichen Parolen richten sich gegen den König und seine in der jordanischen Bevölkerung verhassten palästinensischen Gattin Rania. Als ich im Sommer 2012 in Jordanien war und der König den Anstieg des Benzinspreises angeordnet hatte, skandierten die Demonstranten, der König hätte dies deshalb getan, damit er die Mehreinnahmen im Casino verspielen kann.

Dass es in Marokko anders ist, versuchte man mir von offizieller Seite mit der herausragenden religiösen Stellung des Königs (er stamme vom Kalifen ab und ist auch religiöses Oberhaupt des Landes), aber auch mit seiner stabilisierenden Rolle zu erklären, mit der er dem Land chaotische Zustände erspart habe. Dass das politische System im Zuge des arabischen Frühlings zwar massive Veränderungen erfahren, aber nicht völlig zusammengebrochen ist, hängt zweifellos damit zusammen, dass gewisse Reformen bereits davor begonnen und auf die Proteste 2011 zügig reagiert wurde. Der Protestbewegung wurde dadurch Wind aus den Segeln genommen, zudem positionierte sich der König auch als treibende Kraft bei gesellschaftlich fortschrittlichen Reformen: Bei unserem Tref-

fen mit der früheren Frauen- und Sozialministerin Nouzha Skalli, die heute als Abgeordnete der Partei des Fortschritts und des Sozialismus (PPS) dem Parlament angehört, strich sie die tragende Rolle des Königs bei der großen Familienrechtsreform hervor. Die sogenannte Moudawana (Familienrechts- und Personenstandkodex) wurde nach seiner Kodifizierung 1958 zuletzt 2004 umfassend im Sinne der Gleichberechtigung der Geschlechter reformiert.

Die Polygamie wurde de facto verboten, die Gleichstellung befördert. Die Reform musste gegen den Widerstand der heute stimmenstärksten Gerechtigkeits- und Entwicklungspartei (Parti de la justice et du développement – PJD), die am ehesten mit der türkischen AKP zu vergleichen ist, durchgesetzt werden. Skalli betonte, dass der König bereits frühzeitig angesprochen habe, dass die Hälfte der Frauen Opfer von Gewalt seien und dass es solange es Verhältnisse dieser Art gebe und viele Menschen von Entwicklung ausgeschlossen seien, nationaler Fortschritt unmöglich sei. Sowohl in der Öffentlichkeit als auch politisch habe er maßgeblich zum Gelingen der Reform beigetragen.

Der Fraktionschef der zentristischen Volksbewegung (MP) Driss Meroune betonte zu dem die stabilisierende Funktion der Monarchie nicht nur in politischer, sondern auch in ethnischer und gesellschaftlicher Hinsicht. Gerade in seiner Partei, die sich historisch vor allem aus der zu einem Gutteil aus Berbern bestehenden Land- und Gebirgsbevölkerung rekrutierte, habe es nach der Erlangung der Unabhängigkeit starken Widerstand gegen ein Ein-Parteien-System der Unabhängigkeitspartei gegeben. Dadurch wäre die Vielfaltigkeit des Landes nicht repräsentiert worden, die sich z. B. darin manifestiere, dass es allein vier Berber-Sprachen gebe. Die Dominanz eines Milieus würde zum Zerfall des Vielvölkerstaates führen. Marokko sei ein großes Mosaik, die Monarchie sei das einzige politische System, das die Stabilität und die Diversität dieses Landes sichern würde.

Seine Position hat der König zweifellos aber auch dadurch abgesichert, dass er sich nach der Thronbesteigung 1999 von den massiven Menschenrechtsverletzungen, Folterungen und Ermordungen unter der Herrschaft seines Vaters dadurch abzugrenzen versuchte, dass er eine eigene Kommission die Vorfälle untersuchen und die Schilderungen der Opfer in den Medien breit thematisieren ließ. Während es in anderen Ländern den Sturz des Regimes erfordert, um über Verbrechen reden zu können, war es hier der König selbst gewesen, der

den MarokkanerInnen »erlaubte«, über diesen Teil ihrer Vergangenheit, der von Repression und Unterdrückung gezeichnet war, zu sprechen. Diese Vorgangsweise zeugt nicht nur von politischem Instinkt, sie zeigt vor allem auch auf, dass selbst der offene Umgang mit der Vergangenheit angeordnet ist, so wie die meisten wesentlichen Entscheidungen vom König ausgehen. Es trifft zwar zu, dass das Parlament gestärkt wurde und die Macht des Königs zumindest formell eingeschränkt wurde, nach wie vor wird das Land aber vom König gelenkt.

Alle geschichtsträchtigen Bauwerke und Sehenswürdigkeiten sind Paläste und Mausoleen der Monarchie, es ist so als ob die Geschichte des Landes eine Geschichte des marokkanischen Königshauses wäre. Auch wirtschaftlich scheint die königliche Familie unermesslich viele Reichtümer angehäuft zu haben und die besten landwirtschaftlichen Gebiete zu kontrollieren.

Einer meiner Gesprächspartner charakterisierte den König als aufgeklärten absolutistischen Monarchen, das scheint auch nach den Ansätzen zur Demokratisierung des Landes durchaus treffend.

VERFASSUNGSREFORM

Im Vordergrund vieler Gespräche stand die im Juli 2011 beschlossene Verfassungsreform, die die formell schon seit den 1990er-Jahren bestehende konstitutionellen Monarchie mit einer Stärkung des Parlaments realisieren sollte. Der König hat mit dieser Reform seine Macht beschränkt, er nicht mehr einen beliebigen Ministerpräsidenten mit der Regierungsbildung beauftragen, er muss den Vertreter der stärksten Partei zum Ministerpräsidenten bestellen, Gesetze können nun auch ohne seine Zustimmung beschlossen werden. Das Prinzip der Gewaltenteilung wurde festgeschrieben, die Regierung verantwortlich gemacht. Weiters beinhaltet die Verfassungsreform grob skizziert das Verbot, eine Partei auf der Grundlage von Religion und ethnischer Zugehörigkeit zu bilden, um religiösen Parteien einen Riegel vorzuschieben.

Die derzeit regierende Gerechtigkeits- und Fortschrittspartei (PJP), die bei den letzten Wahlen mit 111 Sitzen stärkste Kraft wurde, vermeidet es daher auch, sich als religiöse Partei zu präsentieren, auch wenn die türkische AKP zweifellos zu ihren Vorbildern zählt. Parlamentspräsident Karim Ghellab, der Mitglied der konservativen Unabhängigkeitspartei ist, bezeichnete die neue Verfassung als »Road Map« zur Demo-

kratisierung des Landes und als Antwort auf den »arabischen Frühling«. Aus seiner Sicht ist Marokko eines der wenigen Länder in der Region, das es geschafft habe, seine Stabilität zu bewahren. Weder seien die staatlichen Institutionen zerstört, noch sei wie in arabischen Staaten Aufstände gewaltsam niedergeschlagen worden. Die Verfassungsreform sei eine Antwort gewesen, die Stabilität zu bewahren, ohne Reformen zu verhindern.

Weniger positiv formuliert ist es durch die Reform gelungen, der Protestbewegung Wind aus den Segeln zu nehmen und die bestehenden politischen Kräfte im Rahmen des bestehenden Systems einzubinden.

Schließlich steht in Marokko nun auch eine Dezentralisierung der Verwaltung an: Dem französischen Vorbild folgend, war das Land ursprünglich stark zentralisiert, die Regionen sollen jetzt merklich aufgewertet und auch budgetär besser ausgestattet werden.

SOZIALE LAGE

Allen Versicherungen zum Trotz weist natürlich auch Marokko gravierende soziale Probleme auf. Besonders verheerend scheint die Bildungssituation mit einer AnalphabetInnenrate von offiziell 30%, tatsächlich aber wohl rund um die 50%. Sicherlich spielt hier die Unterentwicklung im ländlichen Raum eine Rolle, Tatsache ist aber auch, dass überhaupt erst 1999 eine Schulpflicht eingeführt wurde. Bis heute scheint sie aber nicht voll wirksam geworden zu sein, besonders in ländlichen Gebieten, in denen Schulen verkehrstechnisch oft unerreichbar sind. König Mohamed VI. hat auch auf diesem Gebiet Probleme in seinen Reden benannt und einen Aktionsplan für eine »Nationale Initiative für humane Entwicklung« vorgelegt. Hintergrund dürfte die Einsicht sein, dass die Entwicklung des »Humankapitals« grundlegende Reformen erforderlich mache.

REGIERUNG UND OPPOSITION

Seit den Wahlen 2011 führt die gemäßigt-islamistische PJP die Regierung. Sie bildete eine Koalition mit der ehemals kommunistischen PPS, der zentristischen MP und der konservativen Unabhängigkeitspartei. Letztere verließ die Regierung im Sommer 2013. Die marokkanische Sozialdemokratie (USFP – Union der sozialistischen Volkskräfte) ist seit 2011 in Opposition. Sie war seit 1998 in der Regierung, damals holte sie noch der Vater des jetzigen Königs, Hassan II. nach 45 Jahren in die Regierung, der sie dann bis zur Wahlniederlage 2011

angehörte. Mein Gesprächspartner Ahmad El Zaidi, Fraktionschef im Parlament, war in den 1970er-Jahren selbst in der Studentenbewegung aktiv, 1971 musste er nach der Beteiligung an einem Streik nach Algerien flüchten. Andere, die das nicht konnten wurden mehrere Jahre eingesperrt. In den späten 90er-Jahren gab es eine große Krise in Marokko, die viele Bereiche betraf: Elektrizität, Wasser, Straßen, Bildung, Gesundheit. Die hohen Erwartungen an die USFP, seien jedoch in Hinblick auf die knappen finanziellen Mittel nicht erfüllbar gewesen. Marokko sei bei den internationalen Finanzinstitutionen hoch verschuldet gewesen. Die finanzielle und wirtschaftliche Situation habe zwar stabilisiert werden können, die Sozialisten hätten dabei aber das Vertrauen der Menschen verloren, die sozialen Probleme zu lösen.

Der gegenwärtigen Regierung und v.a. der PJP steht die USFP kritisch gegenüber: Sie habe nichts von ihren Parolen umsetzen können. Ihre Ablöse erwartet er 2016 bei den nächsten Wahlen. El Zaidi betont, dass er von der Entwicklung in Ägypten nichts halte: Auch wenn die PJP bisher nur von den Moscheen aus regiert habe, müsse die Ablöse durch Wahlen erfolgen, nicht durch einen Militärputsch. Nicht die Wahlentscheidung der MarokkanerInnen sei zu kritisieren, sondern das beschränkte Programm der PJP.

Einigermaßen kryptisch unkonkret blieb er bei meinen Fragen nach der Macht des Königs: Es gebe rund um den König eine Gruppe an Beratern, die der Verfassungsreform, der Stärkung des Parlaments und der Dezentralisierung kritisch gegenüber stehe, weil sie die Einschränkung fürchte. Diesen Ratgebern dürfe man keine Macht überlassen, sonst dürfe man sich nicht wundern, wenn man sie selber nicht habe. Auch er betonte allerdings die insgesamt positive Rolle des Königs und der Monarchie.

WESTSAHARA

Ähnlich einheitlich wie die Sicht auf die Monarchie fällt bedauerlicherweise auch die Sicht der politischen Parteien auf das Problem der Westsahara aus. Die Westsahara sei vor der Kolonialisierung durch Spanien Teil Marokkos gewesen. Gerne wird in diesem Zusammenhang auf die lange staatliche Tradition des Landes verwiesen, das 1777 als erstes Land die USA anerkannte und 1784 einen Freundschaftsvertrag schloss. Die 1973 gegründete Polisario – die politische und militärische Unabhängigkeitsbewegung der Westsahara – sei zunächst Teil einer auf die De-Kolonialisierung Südmarokkos gerichteten Studentenbewegung gewesen, es sei unverständlich,

warum es sich plötzlich um ein eigenes Land handeln sollte. Mehrfach wurde auch direkt und indirekt der Vorwurf erhoben, der Westsahara-Konflikt sei ein von Algerien (und auch Libyen) künstlich befeuerter Konflikt, um Marokkos regionale Machtposition zu schwächen.

Die starre und kompromisslose Haltung scheint mir aber auch durch die ethnische Vielfalt des Landes eher verstärkt, als gemildert. So wird das Bestehen der Sahraouis als ethnische Gruppe nicht in Frage gestellt, gerade in Hinblick auf die vielen unterschiedlichen Ethnien aber eine Unabhängigkeit umso vehementer verwehrt. Hier scheint tatsächlich eine ins Irrationale gesteigerte Sorge um die Integrität des Landes politische Vorbehalte weiter zu verstärken. Gerne wird in diesem Zusammenhang betont, dass dutzende Sahraouis dem Parlament angehörten.

Dass die Umsetzung des UNO-Friedensplans und die Durchführung eines Referendums über sie staatliche Zugehörigkeit seit Jahrzehnten verschleppt wurde, wird mit den technischen Schwierigkeiten der WählerInnenerfassung begründet. Der Parlamentspräsident sprach offen aus, dass das Referendum gescheitert sei und eine andere politische Lösung gesucht werden müsse.


Von mehreren Gesprächspartnern wurde mir die anstehende Regionalisierung des Landes und die damit verbundene Autonomie als Lösungsweg angepriesen. Marokko, so betonte man, stehe zu seiner ethnischen Pluralität, eine Lösung scheint in den Köpfen der PolitikerInnen jedoch nur innerhalb der staatlichen Einheit Marokkos wünschenswert. Hier ist wohl noch viel politische und diplomatische Überzeugungsarbeit notwendig um Einsicht zu schaffen, dass eine friedliche Verhandlungslösung tatsächliche Kompromisse erfordert und nicht die Annahme vorgegebener Lösungen.

GLEICHSTELLUNG

Es ist unverkennbar, dass die Gleichstellung der Geschlechter in Marokko deutlich weniger vorangeschritten ist als in Tunesien. Dennoch hat es gerade in den letzten beiden Jahrzehnten große Fortschritte gegeben, wie mir meine GesprächspartnerInnen aus den sozialistischen Parteien versicherten. Das ist z. B. an der politischen Repräsentation sichtbar: 1997 gehörten nur zwei Frauen dem Parlament an, heute sind es 67, das entspricht einer Frauenquote von 17 Prozent. Bei den Lokalwahlen kandidierten immerhin 20.000 Frauen. Nouzha Skalli, Abgeordnete der PPS und frühere Frauenministerin, sieht

auch im Rahmen der strategischen Stadtentwicklung, positive Schritte in Richtung Chancengleichheit. Gendersensitive Budgeterstellung sei auch in Marokko ein wichtiges Thema geworden, die Politik müsse stärker auf Frauen Rücksicht nehmen. In ihrer Amtszeit seien verpflichtende Frauenberichte aller Ressorts eingeführt worden, 2010 wurden erstmals in einer nationalen Umfrage die Ausmaße von Gewalt an Frauen erhoben. Die Verfassungsreform 2011 habe in Artikel 19 die Verankerung der Geschlechtergleichheit in allen Bereichen gebracht. Natürlich gebe es nach wie vor erhebliche Defizite, gerade in formaler Hinsicht sei aber viel erreicht worden. Die gegenwärtige Regierung habe das Frauenressort einer religiös-konservativen Frau übertragen. Das habe den Fortschritt gestoppt, eine Politik gegen Frauen finde aber nicht statt. Trotzdem sei das Verschieben des religiösen problematisch.

CONCLUSIO

Der arabische Frühling hat auch in Marokko zu maßgeblichen Veränderungen geführt. Die Verfassungsreform von 2011 hat sicherlich Verbesserungen gebracht. Die starke Rolle des Königs scheint aber weiter ungebrochen, die mantrahafte Berufung auf ihn als politische und geistige Instanz, die das Land zusammenhalte und zu wichtigen Reformen führe wirkt teilweise schon fast unwirklich. Auch wenn man mit dem Verbot ethnischer und religiöser Parteien meint, dem politischen Islam unter Kontrolle halten zu können, ist auch in Marokko sichtbar, dass der Verzicht auf grundlegende soziale Reformen (den sich derzeit gemäßigt gebenden) Islamisten starke Unterstützung verschafft. In der Lösung der Westsahara-Frage lässt die Haltung aller politischen Parteien eine Lösung schwierig erscheinen und sind in dieser Frage umso mehr intensive politische Gespräche erforderlich, um die Anliegen der Westsaharais nicht von der internationalen Bildfläche verschwinden zu lassen. 

MUNA DUZDAR

ist Rechtsanwältin in Wien und gehört
dem Wiener Gemeinderat an.



Arbeitslose Familie, Wien, 1930
Edith Tudor-Hart, © Wien Museum

EDITH TUDOR-HART
WIEN MUSEUM

Machtwechsel in Norwegen

Nach acht Jahren rot-rüner Koalition brachten die letzten nationalen Wahlen in Norwegen eine Mitte-Rechts-Regierung an die Macht. Jens Gmeiner analysiert die Ursachen des Wahlergebnisses und die Entwicklungen in der Arbeiterpartei von Jens Stoltenberg.

Eigentlich war es nicht überraschend, als am Montag, den 9. September 2013, um 21 Uhr die Prognosen des norwegischen Staatsfernsehens den Mitte-Rechts-Block deutlich vor dem rot-grünen Lager sahen. Schon Monate zuvor war der Vorsprung der bürgerlichen Parteien so drastisch gewesen, dass alle Kommentatoren, ob im Inland oder Ausland, von einem sehr wahrscheinlichen Machtwechsel in Norwegen sprachen. Am Ende ging es vor allem um symbolische Resultate und für die kleineren Parteien darum, ob sie es über die Vier-Prozent-Hürde schaffen würden.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei (Arbeiderpartiet/AP) von Jens Stoltenberg hat mit fast 31 Prozent der abgegebenen Stimmen ihre Position als stärkste Partei im Parlament verteidigt. Die Arbeiterpartei verlor allerdings über vier Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl 2009. Der gefürchtete Wählereinbruch ist den Sozialdemokraten dagegen erspart geblieben. Zufrieden kann die Arbeiterpartei mit dem zweit schlechtesten Resultat der Nachkriegszeit jedoch auch nicht sein. Seit Mitte Oktober bilden jetzt die Konservativen (Høyre/H) mit der rechtspopulistischen Fortschrittspartei (Fremskrittspartiet/FrP) eine Minderheitsregierung, die von der Christlichen Volkspartei (Kristelig Folkeparti/KrF) und Liberalen (Venstre/V) toleriert wird. Damit ist die erste rot-grüne Koalition unter Führung des Sozialdemokraten Jens Stoltenberg nach acht Jahren Geschichte.

Umfragen hatten die rechtsliberalen Konservativen unter Führung von Erna Solberg lange Zeit vor der Arbeiterpartei gesehen, am Ende brach Høyre aber doch noch ein und musste sich als zweitstärkste Partei zufrieden geben. Die norwegischen Konservativen sind dennoch die Gewinner dieser Wahl.

Die Konservativen haben bei dieser Wahl mit 26,8 Prozent annähernd zehn Prozentpunkte dazugewonnen. Die rechtspopulistische Fortschrittspartei, die bei der letzten Wahl noch mit fast 23 Prozent stärkste Partei im Mitte-Rechts-Block wurde, musste reichlich Federn lassen und verlor über sechs Prozentpunkte und kommt nun auf 16 Prozent. Die zentristischen Parteien des bürgerlichen Spektrums, also Christdemokraten und Liberale, verharrten größtenteils bei ihren vormaligen Ergebnissen und konnten sicher die Vier-Prozent-Hürde überspringen. Für die kleineren Parteien des Mitte-Links-Lagers wurde die Wahl jedoch zu einer Zitterpartei. Die Sozialistische Linkspartei (Sosialistisk Venstreparti/sv) konnte mit knapp über vier Prozent in das Parlament einziehen.

Die Linkssozialisten verloren damit über zwei Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl 2009. Die bäuerliche Zentrumsparterie (Senterpartiet/sp), die zusammen mit Sozialdemokraten und Linkssozialisten seit 2005 die Regierung gestellt hatte, kam auf 5,5 Prozent und musste leichte Verluste hinnehmen. Als Gewinner der Wahl können, natürlich auf niedrigem Niveau, die Grünen (Miljøpartiet De Grønne/MDG) betrachtet werden. Sie erzielten zwar nur 2,8 Prozent der Stimmen, ein Plus von 2,4 Prozentpunkten, aber sie erhalten einen Sitz im Parlament, weil sie im Wahlkreis (Fylke) Oslo die Vier-Prozent-Hürde genommen haben. Bereits bei der Kommunalwahl 2011 hatten die Grünen kräftig zulegen können und landesweit 1,3 Prozent der Stimmen erreicht.

ANALYSEN ZUR NORWEGISCHEN STORTINGSWAHL 2013

Liest man die ausländischen Pressekommentare zur Wahl in Norwegen, trifft man vor allem auf Unverständnis und eine Menge Fragen. Wie kann die norwegische Bevölkerung bei

solchen guten Wirtschaftsdaten eine Regierung abwählen? Bei einer Arbeitslosigkeit von knapp über drei Prozent, Milliardenüberschüssen im Haushalt und immer neuen Sozialleistungen erscheint diese Sichtweise durchaus verständlich. Während große Teile von Europa unter der Austeritätspolitik leiden, scheint Norwegen eine kleine Insel der Glückseligkeit an der Peripherie darzustellen. Diese ausländische Perspektive verkennt allerdings Widersprüchlichkeiten und mentale Veränderungen, die der Ölreichtum für Norwegen mit sich gebracht hat. (Siehe Tabelle 1)

Zum einen ist der Ruf des Wohlfahrtsstaates besser als die konkrete erfahrbare Praxis vor Ort. Noch immer gibt es Wartelisten bei Sonderoperationen und die Infrastruktur ist in manchen Gegenden schlecht ausgebaut. In Norwegen leben ca. fünf Millionen Menschen auf einer Fläche, die um einiges größer ist als Deutschland. Besonders die Nord-Süd-Ausdehnung schlägt hier ins Gewicht. Die Regierung hat aber allen Bürgern, egal ob in Oslo, in den Fjordregionen im Westen oder im menschenleeren Nord-Norwegen, eine gleiche wohlfahrtsstaatliche Grundversorgung zu sichern. Um diese vorindustrielle Siedlungsstruktur weiter aufrechtzuerhalten und zu versorgen, fließt immer mehr Geld in den wohlfahrtsstaatlichen Sektor und in die Infrastruktur.

Zugleich nimmt mit dem Ölreichtum die Erwartungshaltung der Bevölkerung zu. Damit werden schlechte Eisenbahnverbindungen und lange Wartezeiten in Krankenhäusern zu sinnbildlichen Fehlleistungen einer Regierung, obwohl bereits Milliarden in den öffentlichen Dienst und die Infrastruktur geflossen sind. Soziale Sicherheit und ein schnell ansteigender Lebensstandard schaffen wohl eine Ungeduld über das Tempo von Reformen, obwohl das norwegische Wohlfahrtsystem in vielen internationalen Rankings Spitzenplätze einnimmt. Der bedeutende norwegische Schriftsteller Jan Kjerstad hat in einem Artikel in der Tageszeitung *Aftenposten* die Veränderung hin zu einem ökonomischen Denken in Politik und Gesellschaft pointiert dargestellt. Er beklagt unter anderem aufgrund des Reichtums eine Erosion von Werten wie Solidarität, Gleichheit und Gerechtigkeit.

Im Schatten des Ölbooms und des Ölreichtums zeichnen sich aber latent Entwicklungen ab, die trotz der Überschüsse und der positiven Wirtschaftsentwicklung, zukünftig für Unmut in der Bevölkerung sorgen könnten. Mit den Ölmilliarden sind auch die Kaufkraft, die Preise und damit auch die Löhne explosionsartig angestiegen und drohen das Land

abseits der Ölbranche nicht mehr wettbewerbsfähig zu halten. Zusätzlich wachsen die Hauspreise und Mieten in den begehrten Regionen meist schneller als die Löhne. Nicht jeder kann in Norwegen deshalb den Lebensstil der oberen Mittelklasse genießen. Der Journalist Sten Inge Jørgensen schrieb dazu im Debattenorgan des internationalen Thinktanks »Policy Network«: »Während sie im Ausland wie Könige leben können, finden es die meisten Norweger zu teuer, in einem Restaurant in ihrer Nachbarschaft zu essen.«

KONSERVATIVE WANDLUNGSPROZESSE

Die Konservativen in Norwegen haben ihre Strategie in diesem Wahlkampf erfolgreich auf diesen Wunsch nach Reformen ausgerichtet, ohne natürlich einen aggressiven Kurs gegen den Wohlfahrtsstaat zu fahren. Bei starken Gewerkschaften und bei fast erreichter Vollbeschäftigung ist dies auch nicht notwendig. Ähnlich wie in Schweden hatten die Konservativen und ihre Vorsitzende Erna Solberg frühzeitig ein Bekenntnis zum norwegischen Wohlfahrtsstaat abgegeben. »Bessere Lösungen, Neue Ideen« waren die Schlagworte im Wahlkampf, die für ein höheres Reformtempo standen.

Dabei betonten die Konservativen nicht mehr genuin Steuersenkungen, sondern konzentrierten sich auf eine verbesserte Infrastruktur und eine unbürokratischere Ausgestaltung des öffentlichen Gesundheits- und Schulsektors. Die Konservativen wollen dafür vor allem mehr private Schulen fördern, jedoch nicht wie in Schweden Gewinne im Schulbereich zulassen. Zudem sollen Noten bereits in der Grundschule eingeführt und der Gesundheitsbereich soll stärker dem Wettbewerb ausgesetzt werden, um die Effizienz zu steigern. Die Konservativen thematisierten bei der Wahl 2013 vor allem die Verbesserung der Wohlfahrt und forderten die Sozialdemokraten damit auf ihrem eigenen Politikfeld heraus.

VON DER »EISERNEN ERNA« ZUR VOLKSNAHEN »KÜMMERIN«

Es ist vor allem Erna Solberg zu verdanken, dass der Wandel der Konservativen gelingen konnte, denn Solberg geriet sich alles andere als abgehoben und elitär und unterstrich damit noch einmal den inhaltlichen Kursschwenk der Partei. Während Jens Stoltenberg dem sozialdemokratischen »Parteiadel« entstammt, ist Erna Solberg die Tochter eines Disponenten der Eisenbahngesellschaft in Bergen. In Interviews und Debatten gab sich die stämmige Frau aus Westnorwegen meist volksnah, verkörperte sinnbildlich den normalen Durchschnittsnorweger, der eigentlich bisher nicht viel mit der eli-

tären »Partei der Besserverdienenden« von Solberg anfangen konnte. Dabei versprühte Solberg gewiss nicht die Eloquenz und die Sprachfinesse eines Jens Stoltenberg, aber sie kam durchaus an mit ihrer pragmatischen Art. Das war nicht immer so. Erna Solberg, die Politikwissenschaft, Soziologie und Volkswirtschaft in Bergen studiert hat, zog im Alter von nur 28 Jahren in das landesweite Parlament (Stortinget) ein. Ab dem Jahr 2001 wurde Erna Solberg Kommunal- und Regionalministerin einer bürgerlichen Minderheitsregierung und verschärfte in ihrer Amtszeit die Einwanderungspolitik, weshalb sie auch als »Eiserne Erna« (Jern-Erna) bezeichnet wurde. Seit dem Jahr 2004 ist Erna Solberg Vorsitzende der Konservativen in Norwegen und hat seitdem an dem politischen Kurswechsel der Partei maßgeblich mitgewirkt. Bis zum Ministerpräsidentenamt im Jahr 2013 musste Erna Solberg dennoch zwei Wahlniederlagen einstecken (2005 und 2009).

Die Wandlung der Konservativen in Norwegen wird wohl am deutlichsten, wenn man das Anfang des Jahres 2011 publizierte Buch von Erna Solberg anschaut. »Menschen, nicht Milliarden« (Mennesker ikke milliarder) lautet der Titel des Buches. Solberg erzählt darin von ihrer 20-jährigen Politiklaufbahn und baut geschickt eine Vielzahl von Geschichten über Menschen ein, die sie in dieser Zeit getroffen hat. Der Tenor des ganzen Buches, wenn man es deutlich auf den Punkt bringen will, lautet: Der Mensch hat vor dem System zu stehen, vor der Bürokratie, vor dem Kapital. Erna Solberg, die seit Mitte Oktober auch neue Ministerpräsidentin von Norwegen ist, hatte mit diesem Kurs eindeutig Erfolg. Sie konnte auch Mithilfe des wirtschaftsliberalen Thinktanks »Civita«, die Rhetorik und das Image der Konservativen als kalte ökonomische Zahlenpartei verändern und Høyre einen volksnahen Anstrich verpassen.

WELCHE ROLLE SPIELTEN DIE ANSCHLÄGE VON UTØYA?

Die Anschläge spielten bei der Wahl nur eine untergeordnete Rolle und schwangen lediglich beim Wahlkampfthema »Sicherheit« mit, das vor allem von der rechtspopulistischen Fortschrittspartei eingebracht wurde. Allerdings in der Gestalt, dass eine von der Regierung in Auftrag gegebene Untersuchung vor der Wahl 2013 der norwegischen Polizei mangelnde Effizienz und verkrustete Strukturen attestierte. Diese Befunde eines unzureichenden und wenig professionellen Krisenstabs waren nach den Anschlägen auf Utøya zum ersten Mal offenkundig geworden, als Pannen beim Krisenmanagement der Behörden geäußert wurden und Stoltenberg

bei Polizei und Sicherheitsbehörden führende Köpfe entlassen musste. Stoltenberg, der nach den Anschlägen zum »Versöhner« Norwegens wurde und die richtigen emotionalen Worte fand, konnte seine AP im Sommer 2011 auf über 40 Prozent führen, dieses Umfragehoch aber im Zuge der aufkommenden Kritik am Krisenstab nicht halten. Die Partei stürzte danach wieder auf ein Niveau knapp über 30 Prozent ab.

Alle Parteien hatten auch schon im Voraus vereinbart, die Anschläge und die Biographie des Täters Anders Behring Breivik im Wahlkampf nicht politisieren zu wollen. Für die Fortschrittspartei war der Imageschaden dennoch nicht zu übersehen. Der Attentäter Breivik war bis zum Jahr 2006 Mitglied der Jugendorganisation der FrP gewesen, verließ diese aber wieder, weil er die Partei wohl als zu »systemnah« betrachtet hatte. Obwohl nur wenige Norweger direkte Verbindungen von den Taten Breiviks zur Fortschrittspartei ziehen, gaben viele ehemalige Wähler der Rechtspopulisten diesmal den Konservativen ihre Stimme.

DER RECHTSPOPULISMUS WIRD REGIERUNGSTAUGLICH

Die Fortschrittspartei wird in der internationalen Parteienforschung häufig zur rechtspopulistischen Parteienfamilie gezählt, obwohl sie sich selbst als »liberalistische Volkspartei« sieht. Die Partei, die natürlich auch xenophobe Wähler und Mitglieder in ihren Reihen hat, ist aber weniger radikal als die Dänische Volkspartei und die Schwedendemokraten. Die FrP orientiert sich nicht an der Dänischen Volkspartei, sondern sieht mehr Gemeinsamkeiten mit der rechtsliberalen Venstre in Dänemark, die von 2001 bis 2011 den Ministerpräsidenten gestellt hat. Im deutschsprachigen Raum steht die FrP wirtschaftspolitisch der FDP nahe, obwohl sie auch Gemeinsamkeiten mit der CSU in Bayern sieht. In Norwegen gehört die Partei, die in achtzehn Gemeinden und Städten den Bürgermeister stellt, im politischen System längst zu einer festen Größe, obwohl sie ihr Anti-Establishment-Image nicht vollkommen über Bord geworfen hat.

Sprachlich setzt sich die Fortschrittspartei noch immer deutlich vom PR-Sprech der übrigen Parteien ab, sieht die gewöhnlichen Durchschnittsnorweger, auf Norwegisch »folk flest«, als ihre Zielgruppe an. Ihre Gegner sind die vermeintlichen urbanen, akademischen Machteliten, die nach ihrer Sicht vor allem die Arbeiterpartei dominieren würden. Die FrP vereint in ihrer Programmatik wirtschaftsliberale und sozialpopulistische Züge, gepaart mit einer restriktiveren Asyl-

und Einwanderungspolitik. Am meisten Zuspruch erfährt die Partei von ungelerten Arbeitern und Menschen mit einem niedrigeren Bildungsniveau. Männer sind unter den Wählern der FrP eindeutig überrepräsentiert.

Die Partei kann vor allem davon profitieren, dass die alte gesellschaftliche Konfliktlinie von Arbeit und Kapital durch neue kulturelle Konfliktlinien wie die Immigration und die Globalisierung überlagert werden. Sie geriert sich dabei als eine Art Sozialdemokratie des 20. Jahrhunderts und verspricht, die Sorgen und Ängste der einfachen Menschen zu thematisieren. Während die Wähler der Fortschrittspartei auf einer kulturellen Wertachse den rechten Pol im Parteiensystem besetzen, stehen sie auf der ökonomischen Rechts-Links-Achse links von den Konservativen.

In ihrer diesjährigen Wahlkampagne stand das Ziel der »Trygghet« im Vordergrund, welches nicht nur Sicherheit der Bürger vor Kriminalität, sondern auch Geborgenheit im Sinne sozialer Sicherheit durch den Wohlfahrtsstaat bedeutet. Die Anti-Einwanderungsrhetorik war allerdings bereits nach dem Abgang von Carl Ivar Hagen im Jahr 2006 durch dessen Nachfolgerin im Vorsitz der Fortschrittspartei Siv Jensen eingeleitet worden, die rhetorisch wie programmatisch abrüstete, um die Partei regierungstauglich zu machen. Eine Regierungsbeteiligung ist Siv Jensen und ihrer Fortschrittspartei nun zum ersten Mal gelungen.

BÜNDNISFÄHIGKEIT ALS ERFOLGSREZEPT

Als Erfolgsrezept des Mitte-Rechts-Lagers bei der Stortingswahl 2013 kann auch die neue Bündnisfähigkeit gezählt werden. Bis 2009 hatten die Konservativen und die zentristischen bürgerlichen Parteien eine engere Kooperation mit der Fortschrittspartei noch teilweise abgelehnt. Nach der Wahl 2009 vollzog sich bei den Konservativen allerdings eine Trendwende hin zu einer Öffnung Richtung Fortschrittspartei. Schon frühzeitig machte Erna Solberg klar, dass sie eine Vier-Parteien-Koalition inklusive der Fortschrittspartei anstreben wolle. Siv Jensen, die Vorsitzende der Fortschrittspartei und Finanzministerin der neuen Minderheitsregierung, kündigte auch vor der Wahl vollmundig an, dass sie keine Regierung unterstützen werde, in die ihre Partei nicht eingebunden sei.

Seit Mitte Oktober regiert in Norwegen nun unter Führung von Erna Solberg eine Minderheitsregierung aus Konservativen und Fortschrittspartei, die von Liberalen und Christlicher Volkspartei punktuell unterstützt wird. Gravierende

Differenzen gab es zwischen Christdemokraten und den Liberalen auf der einen und der Fortschrittspartei auf der anderen Seite insbesondere im Bereich des Familiennachzugs von Ausländern, der Ausgaben für die Entwicklungshilfe und der Ölbohrungen vor den Lofoten. Eine bürgerliche Vier-Parteien-Koalition, so wie sie Erna Solberg angesteuert hatte, ist somit vorerst gescheitert, obwohl Christdemokraten und Liberale eine »Beitrittsoption« zur Minderheitsregierung besitzen.

Der Erfolg des Mitte-Rechts-Blocks ist aber nicht nur mit einer Bündnisoption im bürgerlichen Lager zu erklären, sondern auch mit den Wählerwanderungen innerhalb des Mitte-Rechts-Lagers. Obwohl die Fortschrittspartei kräftig Wähler verlor, konnte Høyre – wie bei der Kommunalwahl 2011 – größtenteils die Verluste der Rechtspopulisten auffangen und zusätzlich Wähler von der Arbeiterpartei hinzugewinnen.

Im rot-grünen Lager dagegen verloren nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die bäuerliche Zentrumspar- tei und vor allem die Linksozialisten an Stimmen. Die Verluste des großen Koalitionspartners in Gestalt der Arbeiterpartei vermochten die kleineren Partner im rot-grünen Regierungsb- lock nicht zu absorbieren. Im Gegenteil: Die Linksozialisten haben seit der Wahl 2005, als sie 8,8 Prozent erhielten, mehr als die Hälfte ihrer Stimmen einbüßen müssen. Kurzum: Das ganze Mitte-Links-Lager hat generell an Rückhalt eingebüßt und nicht nur die AP, bei der die Verluste aber spürbar ins Gewicht fallen.

DIE ZUKUNFT DER ARBEITERPARTEI NACH DEM ENDE VON ROT-GRÜN

Richtet man den Fokus auf die Arbeiterpartei, so sollte man die Wahlniederlage der norwegischen Genossen doch etwas relativieren. Historisch gesehen ist das Wahlergebnis zwar das zweitschlechteste der Nachkriegsgeschichte, aber bei der Regierungübernahme im Jahr 2005 erreichte die Partei nur zwei Prozentpunkte mehr, als die Partei auf 32,7 Prozent der Stimmen kam. (Siehe Tabelle 2)

Im fragmentierten Parteiensystem Norwegens, wo gegenwärtig acht Parteien im Parlament Mandate besitzen, kommt es mehr denn je auf Bündnisfähigkeit und taktische Allianzen an. Die Arbeiterpartei ist hierbei nicht schlecht aufgestellt, da sie neben der Sozialistischen Linkspartei im linken Lager, auch mit der bäuerlichen Zentrumspar- tei und gegebenenfalls mit den bürgerlichen Mitte-Parteien gemeinsame Schnittpunkte besitzt. Erste Gespräche über eine Kooperation mit den Libe-

Tabelle 1: Ergebnisse und Veränderungen bei der Stortingswahl 2013

Partei	Ergebnis (%)	Veränderung zu 2009 (%)	Mandate
Arbeiterpartei (AP)	30,8	-4,5	55
Zentrumspartei (SP)	5,5	-0,7	10
Sozialistische Linkspartei (SV)	4,1	-2,1	7
Høyre (H)	26,8	+9,6	48
Fortschrittspartei (FrP)	16,3	-6,6	29
Christliche Volkspartei (KrF)	5,6	+0,0	10
Liberale (V)	5,2	+1,4	9
Umweltpartei/Die Grünen (MDG)	2,8	+2,4	1

Quelle: Norwegisches Staatsfernsehen (<http://valg.nrk.no/valg2013/valgresultat>).

Tabelle 2: Wahlergebnisse der AP seit den 1980er Jahren bei Stortingswahlen

Wahljahr	Wahlergebnis in Prozent
1981	37,2
1985	40,8
1989	34,3
1993	36,9
1997	35,0
2001	24,3
2005	32,7
2009	35,4
2013	30,8


Quelle: Statistische Zentralbehörde Norwegen (<http://www.ssb.no/valg/stortingsvalg-historiske-tabeller>).

ralen fanden bereits 2008 zwischen Jens Stoltenberg und dem damaligen Vorsitzenden der Liberalen, Lars Sponheim, statt, die im Falle eines schlechten Abschneidens der Linksozialisten konkreter geworden wären. Bündnispolitische Optionen könnten sich in Zukunft möglicherweise mit den Grünen ergeben, die mit der Wahl 2013 den ersten Fuß in die landesweite politische Arena gesetzt haben.

Jens Stoltenberg und seine Sozialdemokraten haben seit dem Jahr 2001, als die Partei gerade einmal 24 Prozent erreichte, neue Bündnisse geschmiedet und sich wieder an die Gewerkschaften angenähert. Das rot-grüne Bündnis war ein Novum in der Geschichte Norwegens und hat immerhin acht Jahre Bestand gehabt. Die bürgerliche Minderheitsregierung muss den Vertrauensbeweis, den sie von den Wählern 2013 erhalten hat, erst noch in ein funktionsfähiges Bündnis umsetzen. Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass die neue Minderheitsregierung drastische Reformen durchsetzen kann und wird, da der Wohlfahrtsstaat sowie der nachhaltige Umgang mit den Ölmilliarden überparteilich und konsensual verankert ist. Die Eckpfeiler der neuen Regierung zielen bisher auf eine Verschärfung der Einwanderungspolitik und auf die Senkung der Vermögens- und Erbschaftssteuer.

Jens Stoltenberg, so hat er es verkündet, wird auch in Zukunft die Oppositionsfraktion im norwegischen Parlament anführen. Perspektivisch ist es für die AP allerdings wichtig, weiterhin mit ihren politischen Konzepten um die Deutungs- und Diskursheftigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft zu kämpfen. Die »neuen« Konservativen in Norwegen stellen mit ihrem wohlfahrtsstaatsfreundlicheren Kurs, ihrer Infrastrukturpolitik und mit ihren graduellen Privatisierungsimpulsen, die rhetorisch und strategisch auf eine Verbesserung des steuerfinanzierten Dienstleistungssektors zielen, neue Herausforderungen für die Arbeiterpartei dar. Ein Blick in das skandinavische Nachbarland Schweden, das seit 2006 von einer bürgerlichen Koalition unter Führung der »reformierten« Konservativen (Moderata Samlingspartiet) regiert wird, verrät, wie bedeutend es auch in Norwegen sein wird, einen glaubhaften sozialdemokratischen Gegenentwurf zu den Vorstellungen des politischen Gegners zu entwerfen.

Falls die Mitte-Rechts-Minderheitsregierung von Erna Solberg die Legislaturperiode nicht überdauern sollte, was nicht vollkommen ausgeschlossen ist, dann wäre die Arbeiterpartei als stärkste Fraktion durchaus in der Lage selbst eine Minderheitsregierung mit wechselnden Mehrheiten zu bil-

den. Es bleibt auf alle Fälle spannend nach einer Wahl, die weder Überraschungen zu Tage förderte, noch das Parteiensystem Norwegens grundlegend erschüttert hat. 

JENS GMEINER

ist Politologin und Skandinavistin und Mitarbeiterin am Göttinger Institut für Demokratieforschung. Er promoviert zur Zeit über die Wandlungsprozesse der schwedischen Konservativen seit 2002.

Vergebene Chancen?

In **ZUKUNFT 10/2013** wollte Albrecht K. Konečný die SPÖ als Reaktion auf das schlechteste Wahlergebnis seit 1919 »neu gründen« und erfuhr für seine Analysen in **ZUKUNFT 11/2013** sowohl Zustimmung als auch Kritik. Ludwig Dvořák wagt ausgehend von dieser Diskussion und unter Berücksichtigung von zweieinhalb Monaten Regierungsverhandlungen einen Ausblick auf die aus dem Wahlergebnis getroffenen Ableitungen unserer Partei.

Aus dem Wahlergebnis vom 29. September leitete Albrecht K. Konečný im Wesentlichen vier Schlussfolgerungen ab: Erstens müsse die SPÖ sich besonders um die Zielgruppen bemühen, deren Mobilisierung diesmal nicht geglückt sei, also insbesondere um jüngere Menschen, um die Arbeiter, aber auch um die Gruppe kritischer Intellektueller, deren Einfluss auf Diskursverläufe politisch wesentlich sei. Zweitens bedürfe es neuer Formen politischer Organisation. Und drittens und vor allem sei die Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen die Voraussetzung zum Gelingen all dieser Vorhaben: Die Entfremdung der Mitglieder und WählerInnen von den RepräsentantInnen müsse überwunden werden und Menschen müssten in Entscheidungen eingebunden werden, um sie auch mitreißen zu können.

Vor allem der letzte Punkt bot Heinz Kienzl in der jüngsten Ausgabe der **ZUKUNFT** Anlass zur Kritik: Durch eine zu starke Bindung an das Votum der Mitglieder könnte die Entscheidungsfreude der Partei- und Regierungsführung gebremst werden, gerade im Kontext wichtiger wirtschafts- und energiepolitischer Fragestellungen auf europäischer Ebene und im Weltmaßstab brauche es aber entschlossenes Handeln.

Zu Redaktionsschluss sind die Regierungsverhandlungen noch im Gange, die endgültigen Vereinbarungen liegen noch nicht vor. Was aber bislang an Ergebnissen durchgesickert ist, erweckt – um es vorsichtig auszudrücken – jedenfalls nicht den Eindruck, als würde der Verzicht auf die Einbindung der SPÖ-Mitglieder in die Frage der Regierungsbildung zwangsläufig mit einem entschlossenen sozialdemokratischen

Reformprogramm für die nächste Regierungsperiode zusammenfallen. Während es die ÖVP als Erfolg verkaufen will, trotz angeblichen Milliardenlochs im Budget der SPÖ-Spitze wieder einmal Reichensteuern verweigert zu haben, scheint der Gipfel symbolischen Erfolgs auf SPÖ-Seite damit erreicht zu sein, der ÖVP die selbst in den eigenen Reihen umstrittene vorzeitige Anhebung des Frauenpensionsalters vorenthalten zu haben.

THE SHOW MUST GO ON?

Das Ritual ist so vertraut, dass die nächsten Schritte erwartbar sind: Nach der schon absehbaren Einigung mit der ÖVP wird man zunächst bemüht sein, die kleinen Erfolge möglichst groß darzustellen und gleichzeitig versuchen, die dafür gemachten kleineren und größeren Konzessionen kleinzureden, abzuwiegeln oder überhaupt zu leugnen.

Gerne wird bei dieser Argumentationsweise das Faktum des Wahldebakels als natürlicher Zustand vorausgesetzt. Das entspricht, wie Albrecht Konečný aufgezeigt hat, einer gewissen Tradition. Seit nunmehr gut dreißig Jahren verliert die SPÖ mit ziemlicher Regelmäßigkeit und nur mit zwei kleinen Ausreißern deutlich an Stimmanteilen und setzt dann – wenn die ÖVP sie lässt – die Koalition mit der ÖVP fort, in der sie Erwartungen enttäuschen muss. Verliert sie nach einer weiteren nur mäßig mitreißenen Regierungsperiode wieder an Stimmen, bildet sie eine Koalition, in der sie noch weniger durchsetzen kann und begründet dies intern damit, dass man mit 43% • 34,5% • 38% • 33% • 35% • 29% • 26% eben nicht hundert Prozent an sozialdemokratischer Politik umsetzen könne. Die Ursachen dafür, dass sich die Stimmanteile in knapp dreißig Jahren halbiert haben, bleiben dabei weitgehend unergründet

bzw. erschöpfen sich in Allgemeinplätzen über Symptome, die zu Ursachen stilisiert werden. Denn während in Österreich angeblich naturgegebene Phänomene wie die Zersplitterung der Parteienlandschaft, die Individualisierung der Gesellschaft, die Veränderung des Klassen- und Schichtbewusstseins, die Lösung von Parteienmilieus und Organisationen bereits Ergebnisse über 30% als de facto illusorisch erscheinen lassen, gelingt es den Konservativen in Bayern oder auch in Niederösterreich offenbar, derartige Naturgesetze außer Kraft zu setzen und sogar absolute Mehrheiten zu erringen.

DER ERNST DER LAGE

Man würde annehmen, dass das Wahlergebnis vom 29. September für sich selbst sprechen würde und klar sei, dass man nicht einfach wie bisher weitermachen könne. Genau das scheint sich aber derzeit anzubahnen. Weil auch die ÖVP mit einer Strache-FPÖ, die sich beim nächsten Mal berechnete Hoffnungen auf Platz 1 machen kann, und einer innerhalb weniger Monate am Rand der Selbstauflösung stehenden Liste eines orientierungslosen Milliardärs geringe strategische Optionen hat, scheint man sich darauf zu verständigen, den Status quo einfach fortzusetzen, die wesentlichen Streitpunkte zu vertagen und darauf zu hoffen, dass die anspringende Konjunktur zumindest die finanziellen Probleme löst.

Man muss nicht zum Sarkasmus neigen, um dafür Verständnis zu haben, dass man über einen solchen Koalitionsvertrag keine Mitgliederbefragung wünscht. Trotzdem bleibt es bedauerlich, dass man im Gegensatz zur SPD die Gelegenheit verpasst hat, die Sozialdemokratie einerseits als Partei der Mitbestimmung zu positionieren und andererseits die eigene Verhandlungsposition gegenüber der ÖVP zu stärken.

Auch die Perspektive einer Großen Koalition in Deutschland muss keine Begeisterung auslösen. Tatsache ist aber, dass ein flächendeckender Mindestlohn, die Erleichterung der Doppelstaatsbürgerschaft und sozialpolitische Verbesserungen kaum durchzusetzen gewesen wären, wenn nicht die Festlegung der SPD auf eine Mitgliederabstimmung Angela Merkel zu Zugeständnissen gezwungen hätte, die sie ihren bisherigen Koalitionspartner – aus einer weit schwächeren Position – niemals zugestanden hatte. Dabei ist die vorgenannte Unterstellung, irgendjemand würde sich von einer Koalition mit der ÖVP ein rein sozialdemokratisches Regierungsprogramm erwarten, reine Polemik. Dass das Kabinett Faymann-Spindler keine neue Kreisky-Ära einleitet, darauf zu hoffen wagt wohl wirklich niemand.

WARUM KEINE MITGLIEDERBEFRAGUNG?

Tatsächlich geht es um etwas völlig anderes, nämlich um eine Perspektive, wie die Sozialdemokratie aus ihrem Sinkflug zu holen ist, wie der Kreislauf aus Enttäuschung der WählerInnen, Wahlniederlagen, schwindender Durchsetzungskraft und daraus wiederum resultierender Enttäuschung durchbrochen werden kann.

Ein zuweilen verfochtener Ansatz liegt im Verzicht auf Versprechen irgendwelcher Art. Wer nichts verspricht, so die Erwartung, kann auch nicht enttäuschen. Die Erfahrung zeigt, dass das nicht stimmt. Wer keinerlei Gestaltungswillen zeigt, manifestiert vielmehr nur die eigene Verzichtbarkeit. Aus diesem Grund kann für die Sozialdemokratie auch die Opposition kein Wahlziel sein. Wer den Anspruch erhebt, die Lebenssituation der Menschen zu verbessern, muss selbstverständlich auch den Anspruch stellen, die Regierungsgeschäfte zu führen.

Der wesentliche Knackpunkt ist der Preis, den man dafür bereit zu zahlen ist, sowohl inhaltlich als auch strategisch. Und genau um diese roten Linien geht es bei der Forderung einer demokratischen Entscheidungsfindung bei dieser Frage. Ganz offensichtlich besteht weitgehende Einigkeit darüber, dass diese Bereitschaft bei Parteiführung und Parteibasis unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Die BefürworterInnen erwarten sich in einer prekären politischen Situation von einer Mitgliederbefragung (bzw. einem Parteitag) eine stärkere Berücksichtigung sozialdemokratischer Inhalte bei den Verhandlungen, die Parteiführung scheint hingegen zu befürchten, in ihrem Spielraum für Zugeständnisse eingeschränkt zu werden.

Denn was ansonsten eine Mitgliederabstimmung ins Treffen geführt wurde, vermag nur bedingt zu überzeugen: Zuvorderst sei hier das Argument genannt, eine Minderzahl von 240.000 Mitglieder würde über knapp eine Million WählerInnen bestimmen. Abseits der von Konečný ins Spiel gebrachten Möglichkeit, auch SympathisantInnen abstimmen zu lassen. Was macht es besser, wenn eine Minderzahl von ein paar dutzend Parteivorstandsmitgliedern über knapp eine Million WählerInnen bestimmt?

Ganz ähnlich hat das deutsche Bundesverfassungsgericht die Ablehnung jenes originellen Eilantrags begründet, der in der SPD-Mitgliederabstimmung eine Gefährdung des freien Mandats begründet sah: Wie politische Parteien ihren Willensbildungsprozess gestalten, bleibe nach dem deutschen

Höchstgericht ihnen selbst überlassen. Eine Mitgliederabstimmung ginge keinesfalls über das hinaus, was man den Abgeordneten normalerweise an Fraktionsdisziplin abverlange.

Auch die technokratischen Bedenken scheinen kaum begründet: An Zeit zur Vorbereitung hätte es in zweieinhalb Monaten Verhandlungen wohl kaum gemangelt, und ganz allgemein muss man wohl erwarten können, dass dem SPÖ-Apparat die gleiche Fähigkeit zugesprochen werden muss, eine solche Abstimmungspremiere zu organisieren wie den hauptamtlichen Strukturen der SPÖ.

Was am Ende des Tages übrig bleibt, ist eine Stimmung des Misstrauens und der Gleichgültigkeit, das seitens der Parteiführung gegenüber der Basis noch ausgeprägter zu sein scheint als umgekehrt.

Noch wesentlich dramatischer scheint aber, dass jede vertiefte politische Diskussion über das Wahlergebnis ausgeblieben ist, dass keine erkennbaren politischen Kurskorrekturen erfolgen und auch organisatorisch keine entscheidenden Ableitungen auf der Tagesordnung stehen.

ORGANISATORISCHE NEUORIENTIERUNG

Dabei bestehen auf organisatorischer Ebene durchaus vielversprechende Ansätze. Nachdem jahrelang das Ausdünnen von Strukturen, wie es auch Genosse Konečný anspricht, teilnahmslos hingenommen wurde, hat sich im Schatten von Obamas Wahlkämpfen, aber auch der Wahlkampfführung in Frankreich und regional in Kärnten, die Einsicht durchzusetzen begonnen, dass eine Basisverankerung vor Ort, der direkte Kontakt mit den WählerInnen einen wahlkämpferischen Wert an sich darstellt. Die großen Hausbesuchsaktionen in verschiedenen Bundesländern legen davon ebenso Zeugnis ab, wie die Wiederentdeckung der Kleingruppe »als Küche der öffentlichen Meinung« im Rahmen von Gruppenaufbaukonzepten wie »Wir sind mehr« (ZUKUNFT 10/2012).

Dieser organisationspolitische Paradigmenwechsel ist bis dato aus mehreren Gründen wenig beachtet geblieben: Zum einen haben derartige Initiativen vielfach den Status von Sonderprojekten. Zum anderen ist genau das auch dadurch bedingt, dass man sich notwendigen demokratiepolitischen Fragen nicht gestellt hat. Dauerhafte und lebendige Strukturen leben letztlich davon, mitbestimmen zu können und diese Mitbestimmung sichtbar werden zu lassen. Wenn man als Reaktion auf einen gegen die Wünsche der Parteiführung aus-

gegangene Parteitagsabstimmung wochenlang zur Schau stellt beleidigt zu sein, statt die Sozialdemokratie als entscheidende Kraft zu positionieren, in der es sich mitzuarbeiten lohnt, weil man dadurch auch mitbestimmen kann, verschenkt man viel Potenzial. Gleiches gilt auch für die Koalitionsverhandlungen. Wer wochenlang darauf besteht, dass nicht einmal die Parteitagsdelegierten über einen Koalitionspakt abstimmen dürfen, wie es 1983 noch selbstverständlich war, beraubt sich vieler potenziell Engagierter, denen man primär signalisiert, dass sie nichts zu melden haben, wenn es ernst wird.

Das ist bedauerlich, denn die Stärkung und der Neuaufbau ehrenamtlicher Strukturen ist nicht nur wahltaktisch sinnvoll, sondern ein unverzichtbarer Bestandteil einer Strategie zur Wiedererlangung politischer Hegemonie. Das Potenzial dafür hat Robert Misik bereits in ZUKUNFT 09/2009 aufgezeigt.

INHALTLICHE NEUORIENTIERUNG

Alle organisatorischen Bemühungen sind aber letztlich zum Scheitern verurteilt, wenn es nicht gelingt, den mit neuen organisatorischen Konzepten Umwobenen ein attraktives und glaubwürdiges Angebot zu machen.

Dieses Angebot muss an mehreren Punkten ansetzen: Zunächst ist es wohl kaum verzichtbar, sich kritisch mit bestehenden Glaubwürdigkeitsproblemen auseinanderzusetzen: Wenn die SPÖ bei den jüngsten Nationalratswahlen trotz aller Mühen, ein klares politisches Profil als »Partei der Arbeit« zu zeigen, selbst bei wichtigen Kernzielgruppen dieses Wahlkampfes nicht reüssiert hat, dann bedarf es einer Beschäftigung mit der Frage, warum man den Plakaten keinen Glauben schenkt. Es wäre ein Fehler, die Fähigkeit der WählerInnen, Widersprüche zu erkennen, zu unterschätzen. Das Bekenntnis zu einem starken und solidarischen Sozialstaat wird durch Maßnahmen wie dem Pflegeregress ebenso in Frage gestellt, wie das Versprechen, ältere ArbeitnehmerInnen nicht in die Arbeitslosigkeit drängen zu lassen, wenn man gleichzeitig die Hacklerpension – mit allen ihren Schwächen – auslaufen lässt und die Abschläge bei der Korridorpenion erhöht. Das Versprechen der Gebührenfreiheit der Hochschulen klingt hohl, wenn es einerseits alle paar Monate in Frage gestellt wird, und andererseits tatenlos zugesehen wird, wie Zugangsbarrieren errichtet und ungenügende Studienbedingungen beibehalten werden.

Und schließlich ist die im Gefolge der Krise prekärer werdende Lage am Arbeitsmarkt für viele ArbeitnehmerInnen

spürbar: Durch wachsenden Druck am Arbeitsplatz, drohende Einkommensverluste und Jobunsicherheit. Keine der Betroffenen fühlen sich besser, wenn man ihnen erklärt, dass es ihnen im Verhältnis zu anderen europäischen ArbeitnehmerInnen ohnehin gut gehe.


So wie es auch in der Innenpolitik klare Akzente braucht, muss auch in der Europapolitik klarer gemacht werden, wofür es geht und wer auf welcher Seite steht. Zweifellos hat unsere Regierung die Krise nicht verursacht. Aber unumstritten scheint inzwischen zu sein, dass Europas Krisenpolitik sie seit Jahren verlängert, statt sie zu lösen. Und klar ist auch, dass Österreich bislang darauf verzichtet hat, eine sich von Angela Merkel klar erkennbar unterschiedliche Politik zu vertreten und für deren Umsetzung zu kämpfen. Die Dimension europäischer Politik anzuerkennen hat weniger mit Treueschwüren und der begeisterten Sitzungsteilnahme zu tun, als mit der Einsicht, dass ein fehlender Kurswechsel in Europa auch in Österreich zur schwierigen Arbeitsmarktlage beiträgt.

In Ermangelung sichtbarer Erfolge bei der Beteiligung der Reichen an den Folgen der Krise und dem wachsenden Finanzbedarf spekulationsbedingt an der Kippe stehender Banken, scheint man auf der Suche nach neuen Feindbildern den öffentlichen Dienst ausgemacht zu haben.

Das jedoch ist ein gefährliches Spiel mit dem Feuer. Zweifellos gibt es in der Öffentlichkeit wenig Sympathien LehrerInnen, noch weniger für ihre an Ungeschicklichkeit kaum zu überbietende Vertretung. Es wäre aber ein schwerer Irrtum zu glauben, der Applaus des Boulevards für LehrerInnen-Bashing werde wahltaktisch Zugewinne bringen. Das gilt in noch größerem Ausmaß für den öffentlichen Dienst insgesamt. Das Hinschlagen auf angebliche Privilegien – als ob dienstaltersabhängige Vorrückungen nur im öffentlichen Dienst bestünden – und die Forderung nach einem unter der Inflationsrate liegenden Gehaltsabschluss nach einer Nulllohnrunde wird in Verbindung mit dem Aufnahmestopp vor allem in den zahlenmäßig ausschlaggebenden Bereichen des öffentlichen Dienstes – vom Kranken- und Pflegepersonal, über KindergärtnerInnen und Exekutive – bereits bestehenden Ärger über die Arbeitsplatzsituation verstärken.

Vor allem wird aber auf eine Chance verzichtet, die klar verständliche und den Tatsachen entsprechende Plattform zu formieren, die ganz unterschiedliche WählerInnengruppen in der Sozialdemokratie ihre natürliche Vertretung finden lie-

ße. Die Idee eines starken Sozialstaates, der allen Menschen gleiche Möglichkeiten bietet, kleine und mittlere Einkommen durch die Bereitstellung hochqualitativer öffentlicher Güter in die Lage versetzt, soziale Aufstiegsmöglichkeiten wahrzunehmen, die Wirtschaft durch eine gestärkte Binnenwirtschaft zu aktivieren und gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung zu stellen, diese Vision ist es, die Krankenschwester und AkademikerInnen, Studierende und Arbeiter verbindet. Wer »neue« Zielgruppen ansprechen und alte Zielgruppen ansprechen will, sollte sich die Plattform, mit der er sie aktivieren kann nicht durch ein kurzfristig motiviertes Hinschlagen auf den öffentlichen Dienst kaputt machen.

Das Hineintaumeln in die Große Koalition nach altem Muster zeigt einmal mehr, dass sich die Sozialdemokratie eine grundlegende Diskussion über ihre nächsten Ziele und geeignete Strategien nicht ersparen kann, wenn sie das Ruder herumreißen will. Dazu zählt auch die Frage, unter welchen Bedingungen es auch sinnvoll wäre, eine Minderheitsregierung als Interimslösung einer verkorksten Koalitionsregierung vorzuziehen oder auch in Opposition zu bleiben. Auch ohne Parteitag und Mitgliederabstimmung über den Koalitionspakt bleibt eine grundlegende Debatte über den einzuschlagenden politischen Kurs und damit verbundene organisatorische Reformen notwendig. 

LUDWIG DVOŘÁK

ist. gf. Chefredakteur der ZUKUNFT.



Mädchen, vor einer Bäckerei, London, um 1935

Edith Tudor-Hart, Neuer Silbergelatine-Abzug, 35,3 × 30 cm

© Scottish National Portrait Gallery / Archive presented by Wolfgang Suschitzky 2004



»No Home, No Dole« [»Kein Zuhause, keine Stütze«], London, um 1931
Edith Tudor-Hart, Neuer Silbergelatine-Abzug, 33,4 × 27,5 cm
© Scottish National Portrait Gallery / Archive presented by Wolfgang Suschitzky 2004

EDITH TUDOR-HART
WIEN MUSEUM

Zwischen NSA und medialem Widerstand

Der diesjährige Preisträger des Wiener Preises für Stadtgeschichtsforschung wirft in seinem Beitrag einen bemerkenswerten historischen Blick auf die »Kontrollgesellschaft«. Angesichts der seit dem Sommer 2013 publik gewordenen Informationen zur umfassenden Kontrolle der Internetkommunikation nicht nur durch die NSA, sondern auch durch andere Geheimdienste rückt zunehmend der Begriff der »Kontrollgesellschaft« in das Zentrum der Gegenwartsanalyse.

Es war der französische Philosoph Gilles Deleuze, der den Begriff der »Kontrollgesellschaften« bereits im Jahr 1990 in die Debatte einbrachte; gemäß seinem im Suhrkamp-Band *Unterhandlungen* auf deutsch als »Postskriptum über die Kontrollgesellschaften« veröffentlichten kurzen Text seien diese Kontrollgesellschaften dabei, die im Anschluss an die spätmittelalterlichen und frühneuzeitlichen Souveränitätsgesellschaften entstandenen Disziplinargesellschaften des 19. und 20. Jahrhunderts abzulösen.

Als Michel Foucault in den 1970er-Jahren sein Buch »Überwachen und Strafen« über die »Geburt des Gefängnisses« schrieb, seien die Disziplinargesellschaften mit ihren »Einschließungsmilieus«, in denen »man nie auf[hörte] anzufangen (von der Schule in die Kaserne von der Kaserne in die Fabrik)« in die Krise geraten und abgelöst worden von Kontrollgesellschaften, in denen man »nie mit irgend etwas fertig wird«; der gegenwärtige Zwang zur lebenslangen Weiterbildung, permanenten Softwareupdates und zur Aktualisierung der eigenen Homepage und Statusmeldungen belegt die Gültigkeit dieser Aussage. Der Mensch ist nach Deleuze »nicht mehr der eingeschlossene, sondern der verschuldete Mensch«, »Marketing heißt jetzt das Instrument der sozialen Kontrolle und formt die schamlose Rasse unserer Herren«. Als »Konstante beibehalten« habe der Kapitalismus nur, »daß drei Viertel der Menschheit im äußersten Elend leben: zu arm zur Verschuldung und zu zahlreich zur Einsperrung«.

Deleuzes Text zählt zur Grundausrüstung jeder Analyse der gegenwärtigen Lage; die von ihm und Foucault vorge-

schlagenen Begriffe der Souveränitäts-, Disziplinar- und Kontrollgesellschaften sind nützlich, wenn es darum geht, historische und gegenwärtige Gesellschaften zu untersuchen, wobei aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive festzustellen ist, dass in jeder historischen Gesellschaft Charakteristika der Kontrollgesellschaften gefunden werden können, die heute zur vollen Entfaltung gelangen, ganz gleich ob es sich um den ersten Einsatz von Schrift für die Verwaltung der altorientalischen Stadtstaaten oder die Vornahme von Volkszählungen in der römischen Antike handelt. Von unserem Wissen über aktuelle Formen der Kontrolle und Überwachung und den mit ihnen einhergehenden Dystopien ausgehend können wir mit diesem Begriff der »Kontrollgesellschaften« historische Aufschreibetechniken und deren Verwendung zur Überwachung der Menschen und Dinge sichtbar machen, die sonst vielleicht unbeachtet geblieben wären.

DIE NSA DES 18. JAHRHUNDERTS

Betrachtet man zum Beispiel die Geschichte der Neuzeit, so wird man auch im 18. Jahrhundert auf Parallelen zur Gegenwart stoßen: Jene Programme und Zugriffsmöglichkeiten, die als so genanntes Backdoor einem Geheimdienst wie der NSA die Kontrolle der von den großen Internetkonzernen generierten Datenmengen gestatten, haben etwa ihre berühmten Vorläufer in den so genannten »Schwarzen Kabinetten« und »Postlogen« der europäischen Regierungen, die ab der Frühen Neuzeit den durch die Post besorgten Briefverkehr kontrollierten. Die habsburgischen Postlogen fertigten täglich zwischen 80 und 100 Briefabschriften an, vom Briefpostraum der Hauptpost der Thurn und Taxis in Frankfurt führte ein Geheimgang hin zum Büro des österreichischen Präsidi-

gesandten, womit das Schlagwort von der »Backdoor« seine wortwörtliche Materialisierung in der Vergangenheit findet.

In ähnlicher Weise lassen sich auch historische Vorbilder für Wikileaks, also für die Veröffentlichung von militärischen und diplomatischen Texten finden: So publizierte bereits der aufklärerische Schriftsteller August Ludwig Schlözer in seinen »Statsanzeigen« Ende des 18. Jahrhunderts Geheimdokumente, darunter Akten der preußischen Verwaltung und auch habsburgische Volkszählungsergebnisse.

Insbesondere die Pariser Polizei des 18. Jahrhunderts – sie wurde übrigens zum Vorbild der habsburgischen Polizei – kann als würdige Vorläuferin der NSA betrachtet werden: Sie war ein Aufschreibesystem, das noch die alltäglichsten Verrichtungen auf Papier dokumentierte, und ihre heute noch vorhandenen Akten sind eine Fundgrube für Historikerinnen und Historiker, die sich mit dem Alltag der Pariser Bevölkerung beschäftigen. Dieses französische Beispiel bietet auch noch eine weitere verblüffende Einsicht: In einer Situation, die ähnlich wie heute von einer hohen Staatsverschuldung und einer großen Anzahl prekär lebender Intellektueller geprägt war, konnte all dieser Überwachungsapparat eines nicht verhindern: Eine Revolution, die zumindest versuchte, eine Gesellschaft der Freien und Gleichen zu etablieren.

FRÜHNEUZEITLICHE ADRESSBÜROS

Betrachtet man jenseits solcher Polizei- und Geheimdienstaktivitäten alltägliche, durch private Stellen betriebene Praktiken der Kontrolle und Überwachung, so kann man für die Frühe Neuzeit unter anderem die so genannten Adressbüros nennen. Dabei handelte es sich um Einrichtungen der Informationsvermittlung, die ab dem 17. Jahrhundert zunächst in den großen Metropolen Paris und London, später dann in Wien und anderen deutschsprachigen Städten gegründet wurden. Derlei Adressbüros dienten dem Austausch von Waren, Kapital, Immobilien und der Arbeitssuche, wer ein solches Anliegen hatte, konnte gegen Bezahlung einer Gebühr dieses in ein Register eintragen lassen; wollte jemand zum Beispiel ein paar Fässer Wein oder ein Haus verkaufen, suchte eine Person eine Stelle als Hausdiener oder Privatlehrer, so wurde dies am Ort des Adressbüros schriftlich registriert; wer wiederum Wein oder ein Haus kaufen wollte oder einen Bediensteten suchte, konnte gegen Gebühr aus eben diesem Register einen Auszug erhalten, wo dann der Ort angegeben war, wo die Erfüllung des Begehren möglich war. Adressbüros traten unter verschiedenen Bezeichnungen auf: In Paris hießen sie *Bureau d'adresse*,

in London *intelligence* oder *registry office*, in Wien hatten sie die schöne Bezeichnung *Fragamt*, in anderen Städten konnten sie als *Adresscomptoir*, *Intelligenzbüro* oder als *Berichthaus* bezeichnet werden. Es handelte sich dabei um nützliche Einrichtungen, die den Austausch zwischen Personen ermöglichten, die einander nicht kannten; und doch, unschuldig waren Adressbüros nicht:

Immer wieder gab es ihnen gegenüber Vorwürfe der mangelnden Diskretion, wie zum Beispiel 1676 im Falle des kurzlebigen *Bureau d'adresse* des Dichters François Colletet, das beschuldigt wurde, das Vermögen seiner Benützer zu enthüllen und öffentlich zu machen, was man in den Familien verstecken müsse.

Manchmal übernahmen Adressbüros obrigkeitliche Funktionen, nämlich bei der Arbeitsvermittlung, und hier speziell bei der Vermittlung von Dienstbotinnen und Dienstboten: So mussten im Fall des Wiener *Fragamts* dienstsuchende Personen Angaben über Alter, Geburtsort, Eltern, Vermögensverhältnisse und Fähigkeiten machen und weite Führungszeugnisse und Empfehlungsschreiben einbringen; die Gebrüder Fielding wiederum, die Mitte des 18. Jahrhunderts in London ihr Adressbüro unter dem Namen eines *Universal Register Office* gründeten, priesen dieses ob der disziplinierenden Wirkung, die es auf die Dienstboten und Dienstbotinnen ausüben würde, eben wegen der umständlichen Registrierungsprozedur, die diese über sich ergehen lassen mussten; das *Universal Register Office* veröffentlichte auch einen eigenen Katalog von 24 Geboten für Dienstboten.

Die von den Adressbüros praktizierten Registrierungstechniken erweckten auch zuweilen die schwarze Utopie, dass sie zu einer noch viel weitergehenden Kontrolle der Gesellschaft beitragen könnten: Immer wieder gab es Versuche, Adressbüros als eine Art Meldeämter zu verwenden, bei denen man auch Auskunft über den Leumund von bestimmten Personen einholen konnte. So war es in Wien ein Sprachlehrer namens Johannes Angelus de Sumaran, der in den 1630er Jahren eine *Fragstube* einrichten wollte, die jenseits der üblichen Vermittlungstätigkeiten auch als eine Art Meldeamt beziehungsweise Auskunftsbüro über Aufenthaltsort und Ansehen der StadtbewohnerInnen Verwendung finden sollte: Mit ihrer Hilfe könnte man erfahren, was für Leute in der Stadt seien, wo sie herkämen, *was ihr thuen und lassen sey, wo sie wohnen, undt mit wem sie sich aufhalten* und von welchem Schlag sie seien.

MELDEWESEN – EINE LANGE UNREALISIERTE UTOPIE

Diese Vorschläge aus Adressbüros Meldeämter zu machen, blieben Projekt, und auch die meisten anderen Versuche, eine Meldepflicht in den Städten der Frühen Neuzeit einzuführen, konnten nicht durchgesetzt werden. In Wien zum Beispiel wurden schon seit dem 16. Jahrhundert wiederholt polizeyliche Hausvisitationen und Hausbeschreibungen zur Vertreibung der für überflüssig gehaltenen Bevölkerungsteile – der *unnütze[n]* und *verdächtige[n]*, wie es in einem Patent von 1696 heißt – angeordnet; wenn die 1985 vom Wiener Gemeinderat erlassene Kampierverordnung jüngst dazu verwendet wurde, um Flüchtlinge in ihrem Protest zu behindern, sowie Obdachlose zu vertreiben und kriminalisieren, so steht dies damit in einer jahrhundertelangen unseligen Tradition, die anstelle der Armut die Armen bekämpft.

Diese Herrschaftsutopie einer totalen Kontrolle über den Bevölkerungsstand einer Stadt wurde auch in Paris geträumt; es war der Polizeioffizier Guillaudé, der 1749 ein handschriftliches Memoire verfasste, in dem er seine Vorstellungen einer riesigen Kartei zu Papier brachte, begleitet von beeindruckenden Bildern. In seinem Traum von einer bürokratischen Maschine stellte eine alphabetisch angeordnete, auf Holzrädern befestigte Kartei Dossiers der Einwohnerinnen und Einwohner von Paris zur Verfügung; dass dereinst wir alle freiwillig mobile Geräte mit uns tragen würden, die Auskunft über den jeweiligen geographischen Standort eines jeden und einer jeden von uns geben würden, konnte der gute Polizeioffizier damals freilich noch nicht ahnen.

VON LOHNLAKAIEN UND HAUSMEISTERN

Auch so genannte »Menschmedien« spielten in der Vergangenheit als spezialisierte Berufsgruppen eine wichtige Rolle bei der Kontrolle der Bevölkerung, für große Städte wie Wien lassen sich hier die so genannten Lohnlakaien anführen: Deren Dienste konnten unter anderem Reisende in Anspruch, sie hielten sich in den Gasthäusern auf, warteten dort auf Auftraggeber und konnten gemietet werden; ihre Aufgabe war es, die temporären Dienstherrn zu freien Unterkünften, gelehrten Einrichtungen und sonstigen Sehenswürdigkeiten zu leiten. Die Reiseschriftsteller, die um 1800 Wien besuchten, waren unterschiedlich zufrieden mit diesen Fremdenführern, manche bezeichneten sie als grob und gewinnsüchtig, verdächtigten sie, als Spione und Spitzel der Geheimpolizei zuzuarbeiten; andere wiederum betonten, dass die Wiener Lohnlakaien im Gegensatz zu ihren Berliner Pendant höf-

lich und ehrlich seien. Ebenfalls als menschliche Medien mit Kontrollfunktion können in Wien – aber nicht nur dort, man denke an den Pariser »Concierge« oder den nationalsozialistischen »Blockwart« – die Hausmeister betrachtet werden; in dem berühmten Reisebericht Friedrich Nicolais, der 1781 Wien besuchte, heißt es: »Wer also in einem grossen Haus jemand zu suchen hat, muß nur nach dem Hausmeister fragen, welcher alle Miethsleute kennet, die sich oft untereinander nicht kennen.« – In Zeiten, in denen es noch keine Klingelbretter bei den Hauseingängen gab, waren es also die Hausmeister, die über die in den von ihnen betreuten Bauten wohnenden Mieter und Mieterinnen Bescheid wussten, und zwar manchmal mehr, als diesen lieb war, kannten sie doch oft schon bevor eine Familie neu einzog, deren Vermögens- und sonstige Verhältnisse.

Die Hausmeister übernahmen auch obrigkeitliche Funktionen, kooperierten nicht nur mit den Hausherrn, sondern auch mit der Polizei. Es verwundert nicht, dass manch ein Beobachter böse Worte für derlei spitzelnde Helfershelfer der Obrigkeit fand; einer davon war der Schriftsteller Josef Richter, der in seiner »Wienerischen Musterkarte« aus dem Jahr 1785 die Hausmeister als eine regelrechte »Hausplage« bezeichnete: »Am unerträglichsten und gröbsten sind die Hausmeister, die zugleich Freunde, Rathgeber und Spione der Hausinspektoren und Administratoren sind ...«.

Auch in der unmittelbaren Gegenwart lebt diese Metapher vom Hausmeister als Kontrolleur weiter: So berichtete das Nachrichtenmagazin »Der Spiegel« in der Ausgabe 47/2013 auf Grundlage der von Edward Snowden zur Verfügung gestellten Dokumente, dass der britische Geheimdienst ein Spähprogramm namens *Royal Concierge* (Königlicher Hausmeister/Portier) entwickelte, die Grafikabteilung des Secret Service machte sich eigens die Mühe, für diesen ein putziges Pinguin-Logo anzufertigen. Das so benannte Programm zapft die Buchungssysteme von Luxushotels ab und überprüft, ob in ihnen nicht Diplomaten und Diplomatinen anderer Staaten eine Zimmerreservierung vornehmen; mit diesem Wissen soll dann entschieden werden, ob nicht weitere Überwachungsschritte unternommen werden. Der königliche Hausmeister leitet also Daten weiter, von den jeweiligen Hotels an den britischen Geheimdienst.

WO ES MACHT GIBT, GIBT ES WIDERSTAND

Eine Beschäftigung mit Geschichte und Gegenwart der Kontrollgesellschaften kann dazu verleiten, vor lauter Angst vor

allgegenwärtiger totaler Überwachung, vor den »Windungen einer Schlange«, wie dies Gilles Deleuze in seinem Aufsatz nannte, zu erstarren; viele begeben sich freiwillig in das sprichwörtliche stählerne Gehäuse einer verwalteten Welt, schließen sich vor lauter Paranoia in ihre Kleinfamilienzelle ein.

Dieser Rückzug mag verständlich sein, doch ihn zu befördern ist nicht meine Intention, ich möchte vielmehr an jenes optimistische Diktum Michel Foucaults erinnern, das lautet: »Wo es Macht gibt, gibt es Widerstand«. Auch Gilles Deleuze ging es in seiner theoretischen Arbeit um das Ausfindigmachen von Eingriffspunkten, die Widerstand ermöglichen, und tatsächlich lassen sich in Vergangenheit wie in Gegenwart zu Hauf Belege für dieses Diktum Michel Foucaults finden.

Als Beispiel für eine mediale Form des Widerstands, die schon auf die Kontrollgesellschaften verweist, können die 1832 erfolgte Buchveröffentlichung von »Le mie prigioni« (»Meine Gefängnisse«) des Literaten Silvio Pellico sowie die dadurch ausgelösten internationalen Reaktionen genannt werden: In diesem Buch schilderte der italienische Freiheitskämpfer die Erfahrungen seiner Gefängnishaft in jenem Völkerkerker des Völkerkerkers, den die habsburgische Festung Spielberg in Brno für polnische, ungarische, italienische, österreichische und französische Demokraten darstellte. Staatskanzler Metternich musste im Rückblick zugestehen, dass dieses Buch der Habsburgermonarchie, also der Speerspitze der europäischen Konterrevolution nach 1789, mehr geschadet habe als eine verlorene Schlacht. Die simple Veröffentlichung eines Buchs, dem dann noch ähnliche Memoiren von anderen ehemaligen habsburgischen Staatsgefangenen folgen sollten, konnte das damalige Imperium trotz all dessen Überwachungs- und Zensurmaßnahmen herausfordern; analoge mediale Strategien lassen sich auch in der Gegenwart, im digitalen Zeitalter feststellen:

Als Beispiel dafür lässt sich die Internetaktivistin Anne Roth nennen, die – nicht so drastisch wie Silvio Pellico, aber doch – staatliche Verfolgung selbst erfahren musste, als ihr Lebensgefährte, der Sozialwissenschaftler und Stadtforscher Andrej Holm, in den Jahren 2006 und 2007 in das Visier deutscher Behörden geriet und kurzfristig verhaftet wurde. Sein Vergehen bestand aus Sicht des deutschen Bundeskriminalamts unter anderem darin, Internetrecherchen nach den Begriffen »Prekarisierung« und »Gentrification« durchgeführt zu haben und obendrein fähig zu sein, Bibliotheken zu benützen. Dies qualifizierte ihn zum Terroristen; in einem Weblog na-

mens Annalist setzte sich Roth zu Wehr und dokumentierte einen Alltag permanenter Überwachung und Schikanen, die vor ihren Kindern nicht Halt machten. Dies und die darauf einsetzenden internationalen Proteste gegen die Verfolgung kritischer Wissenschaft führten mit dazu, dass Holm freigelassen und das gerichtliche Verfahren eingestellt wurde.

Weitere mediale Strategien, die belegen, dass Widerstand auch in unseren Kontrollgesellschaften möglich ist, finden wir jeden Tag in den von uns konsultierten Zeitungen und Nachrichtenportalen: Wer hätte gedacht, dass eine kluge Intervention eines Billeteurs des Burgtheaters dazu beitragen würde, die mörderischen Praktiken eines international agierenden Securityunternehmens und Betreibers von Abschiebegefängnissen wie G4S zum Thema zu machen?

Die öffentlichen Räume der Städte, ganz gleich, ob es sich um den Taksim- oder den Tahrir-Platz, die Wall Street, um Sigmund Freud Park und Votivkirche in Wien oder die Christ-Erlöser-Kathedrale in Moskau handelt, sie sind in den letzten Jahren zu Orten geworden, an denen rassistische Grenzregime, neoliberale Herrschaft und patriarchale Willkür mittels Besetzungen, öffentlicher Rede und Punkgebeten herausgefordert wurden und werden; dieselben Medien, Mobiltelefone, Netzwerke, Kameras sowie die von Konzernen betriebenen Social Media-Plattformen, die mit unserer fröhlichen Mithilfe zu unserer Kontrolle und Überwachung eingesetzt werden, spielten und spielen in diesen Fällen bei der Verbreitung von Aufklärung und Kritik eine wichtige Rolle.

Die Demokratisierung der Überwachung, die jeden und jede von uns von Objekten zu Subjekten der Kontrolle macht mag kein besonders sympathisches, anstrebenwertes Ziel sein; unter den Bedingungen der Kontrollgesellschaften können aber deren Medien und Instrumente durchaus nützlich sein, wenn es darum geht, um mit Heinrich Heine zu sprechen, die »schweigend[e] Gewalt«, die zu Zeiten Heines Religion und politischer Absolutismus, in unseren Zeiten Konzernzentralen und Geheimdienste darstellen, wenigstens zur Rede zu stellen und zum Argumentieren zu zwingen. 🍷

ANTON TANTNER

ist Privatdozent für Neuere Geschichte an der Universität Wien, seine Publikationen sind unter tantner.net zugänglich. Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung eines am 28. 11. 2013 als Wiener Vorlesung gehaltenen Vortrags anlässlich der Verleihung des Wiener Preises für Stadtgeschichtsforschung.

Heraussparen aus der Krise?

Sparen scheint zum Mantra unserer Zeit geworden zu sein. Obwohl die Auswirkungen nicht nur in sozialer Hinsicht verheerend sind, sondern zugleich auch die ökonomische Besserung behindern, scheint die Verblendung der politischen Klasse kein Ende zu nehmen. Armin Puller bewirbt einen kürzlich erschienen Band des BEIGEWUM, der sich der ökonomischen Aufklärung verschrieben hat.

Seitdem sich PolitikerInnen aller Parteien darauf verständigt haben, die seit 2007 anhaltende Finanz- und Wirtschaftskrise als Staatsschuldenkrise zu verhandeln und die Politik des Neoliberalismus fortzuführen, bildet die budgetäre Enthaltbarkeit (Austerität) das oberste Ziel Europas. Ungeachtet der inneren Widersprüche dieser kurzsichtigen Strategie – immerhin hat das ausgaben-seitige Einsparen verheerende soziale und ökonomische Auswirkungen, die das Konsolidierungsziel immer weiter hinauschieben – überwerfen sich die politischen AkteurInnen mit immer neuen Vorschlägen zur Ausweitung des Sparens. Die Begründung dafür spielt sich vor allem außerhalb der ökonomischen Diskussion und auf Ebene moralischer Sprachbilder ab, in denen die angeblich verantwortungslosen Staatsschulden durch angeblich vorbildliches Sparen beseitigt werden.

Die Dekonstruktion wirtschaftspolitischer Mythen und die Darstellung der mit ihnen verbundenen inneren Widersprüche und selektiven Wahrnehmungen wirtschaftlicher Gesamtzusammenhänge stellt das Spezialgebiet des BEIGEWUM (»Beirat für gesellschafts-, wirtschafts- und umweltpolitische Alternativen«) dar. Das vorliegende Buch über Sparmythen reiht sich in eine lange Serie von Bänden ein, die im Jahr 2000, angesichts der blau-schwarzen Sparwut und sozialstaatlichen Umbaupläne, mit »Mythos Nulldefizit« startete und zwischenzeitlich drei weitere »Anleitungen zur geistigen Selbstverteidigung« hervorbrachte: »Mythen der Ökonomie« (2005) widmete sich dem Gedankengebäude sowie der Politik des Neoliberalismus im Allgemeinen und thematisierte deren Effekte für die europäischen Sozialsysteme. »Mythen der Krise« (2010) diskutierte die fragwürdigen dominanten Ana-

lysen der Finanz- und Wirtschaftskrise und kritisierte das am Neoliberalismus festhaltende europäische Krisenmanagement. »Imagine Economy« (2012) setzte sich mit neoliberalen Metaphern im Wirtschaftsdiskurs – wie der »Steuerlawine«, dem »schlanken Staat« oder dem »scheuen Reh Kapital« – auseinander und wies auf die Verbindung sprachlicher Wendungen und neoliberaler Politik hin. Die Besonderheit dieser Bände liegt in ihrer Kombination aus stichhaltigen Analysen als Ergebnis der Zusammenarbeit erfahrener ÖkonomInnen und SozialwissenschaftlerInnen aus Wissenschaft und Verwaltung, Argumentationen, die aktuelles empirisches Material einbeziehen, Verweisen auf mögliche Alternativen und einer Sprache, die komplexe Zusammenhänge nachvollziehbar werden lässt.

KONZENTRATION VON VERMÖGEN

Die Krisenanalyse des BEIGEWUM, die die Kritik an den Sparmythen informiert, ist von der Argumentation getragen, dass zwischen krisenauslösenden und krisenverursachenden Mechanismen unterschieden werden muss. Die Ursachen der Krise liegen weitaus tiefer als die Neoliberalen zugestehen und hängen mit der vor 30–40 Jahren eingesetzten neoliberalen Revolution gegen den fordistischen Nachkriegskompromiss zusammen: (i) Seit den 1980er Jahren nimmt die soziale Ungleichheit drastisch zu und macht sich in Form sinkender Lohnquoten, steigender Ungleichheit innerhalb der Löhne und Einkommen und in Form hoher Vermögensanhäufungen bemerkbar. Das Anwachsen des Finanzsektors ist nicht nur den Finanzmarktliberalisierungen geschuldet, sondern in erster Linie der Zentralisation und Konzentration von Vermögen, die zur Veranlagung auf die Finanzmärkte drängen. (ii)

Auf den Finanzmärkten selbst hat die Fülle an Deregulierungen mittlerweile systemische Risiken erzeugt, deren potentielle gesamtwirtschaftliche Folgen staatliche Risikoübernahmen erforderlich machten. Das Vordringen des Finanzsektors in Bereiche der staatlichen Sozialsysteme hat die instabile Dynamik der Finanzmärkte noch ausgeweitet. (iii) Nicht zuletzt die »Exportweltmeister«-Strategie Deutschlands und anderer Länder wie auch Österreich, Wachstum durch Export und auf Kosten der Binnennachfrage mittels Lohnzurückhaltung zu erzeugen, hat in Europa die makroökonomischen Ungleichgewichte verstärkt, die sich etwa in Form von Leistungsbilanzungleichgewichten zeigen.

Während die Exportstaaten ihren Konsum an die heutigen Krisenländer auslagerten und die innere Lohnentwicklung bremsten, sind die Krisenstaaten im Rahmen ihrer zugewiesenen Rolle im wirtschaftlichen Gefüge Europas auf Kredite angewiesen, denen sie kaum nachkommen können. Das Krisenmanagement in der EU kann gerade deshalb als problematisch beurteilt werden, weil an diesen drei Faktoren nichts geändert wird, sondern die Dynamiken teilweise sogar verschärft werden.

Mehrere Kapitel, die jeweils ausgehend von einem wirtschaftspolitischen Mythos Wirtschaftszusammenhänge erklären, widmen sich der Unsinnigkeit der verordneten Sparprogramme: Erwiesenermaßen führt Austeritätspolitik zu steigender Arbeitslosigkeit und sinkenden Einkommen und belastet den Staatshaushalt erst recht mit einem Rückgang der Steuereinnahmen, hebt die Zahl der auf soziale Sicherungen angewiesenen Personen und behindert antizyklisch wirksame Maßnahmen gegen die Krise. Doch auch auf dem Feld der Schuldentilgung selbst führt Austeritätspolitik zu ungewollten Effekten: Seit Beginn der Sparpolitik sind die EU-weiten Staatsschulden nicht gesunken, sondern weiter gestiegen – durchschnittlich um 8%, in Spanien und Griechenland gar um 30% bzw. 40%. Verantwortlich dafür sind die »Multiplikatoreffekte der Budgetpolitik«, die Kürzungen im Staatshaushalt in BIP-Kürzungen umwandeln. Beim Internationalen Währungsfond scheint die Problematik bereits erkannt worden zu sein, weshalb dort der Mythos von der Wirksamkeit ausgabenseitigen Einsparens langsam aufbricht.

DIE WAHREN URSACHEN AUSGEBLENDET

In der Debatte um die Staatsschulden werden die wahren Ursachen ihres Anstiegs ausgeblendet: Das sprunghafte erste Ansteigen nach 2007 ist keineswegs die Ursache der Krise,

sondern ein Effekt der Rettung und Rekapitalisierung der Banken, der tiefen realwirtschaftlichen Krise und ihrer Begleiterscheinungen. Das Ausbleiben konkreter Analysen der Staatsschuldenentwicklung hängt für den BEIGEWUM in erster Linie mit dem politischen Projekt des Neoliberalismus zusammen, die Vermögensbesitzenden vor Umverteilung zu bewahren und die staatlichen Handlungsmöglichkeiten einzuschränken. Eine nüchterne Betrachtung der Finanzierungssalden innerhalb Österreichs und Deutschlands zeigt beispielsweise, dass steigende Staatsschulden und das Anwachsen privater Vermögen zwei Seiten derselben Medaille sind.

Da die Nettofinanzvermögen privater Haushalte deutlich über den Staatsschulden liegen und die Staatsschulden nichts anderes als ausgebliebene Steuern darstellen, sind die Spielräume der Krisenbekämpfung weitaus größer, wenn Verteilungsfragen angesprochen werden. Dies unterscheidet die heutige Situation auch von jener der 1930er Jahre. »Mit einer geschickten Politik von Steuererhöhungen in den Bereichen Vermögensbestände, Spitzeneinkommen, Finanzsektor und Ressourcenverbrauch und der dadurch ermöglichten Finanzierung von Programmen der Ausbildung und Beschäftigung sowie des sozialökologischen Umbaus könnte ein Weg eingeschlagen werden, der erfolgversprechend ist: aus der Krise herauszuwachsen« (33).

INVESTITIONEN IN DIE ZUKUNFT

Die Gegenüberstellung »böser Schulden« und »guten Sparens« relativiert sich gleich mehrfach, wenn man Schulden nicht nur als Kosten, sondern auch als Investitionen in die Zukunft betrachtet: Die immer wieder bemühte Enkelgeneration erbt nicht nur Kosten, sondern auch die soziale Infrastruktur oder das dringend verbesserungsbedürftige Schulsystem. Die Frage der Schulden ist daher keine Frage der Gerechtigkeit zwischen den Generationen, sondern in erster Linie innerhalb einer Generation. Staatsschulden sind weder per se gut oder schlecht, sondern hinsichtlich ihrer Wohlfahrtseffekte und Gegenfinanzierungsmöglichkeiten zu beurteilen – die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen unterscheiden Staatsschulden auch wesentlich von privaten Schulden, weshalb die Haushaltsführung der »schwäbischen Hausfrau« für den Staat jedenfalls kein Vorbild sein kann.

Die vom BEIGEWUM entgegneten Mythen sind in drei Überthemen gegliedert: Neben den »Schulden-Mythen«, in denen Fragen der Staatshaushalte, die Dynamik der Schuldenbremse oder etwa die Kosten und Auswirkungen von Privati-

sierungen beleuchtet werden, widmen sich die »Spar-Mythen« den negativen Umverteilungseffekten des Sparens und thematisieren die Folgen von Pensionskürzungen und ökologische Auswirkungen beim Sparen an der Klimapolitik. In den »Euro-Mythen« wird erläutert, warum nicht der Euro das Problem der europäischen Wirtschaftsordnung darstellt, sondern die Verfasstheit der fiskal- und sozialpolitischen Koordination und die Beschaffenheit des europäischen Binnenmarktes.

Das Buch schließt mit einer Evaluation alternativer Strategien: Der Strategie des »Weiterwurschtelns« werden drei weitere mögliche Szenarien gegenübergestellt, von denen das wirksamste der progressive, eurokeynesianische Kurswechsel auf europäischer Ebene darstellt: aktive Konjunkturpolitik, Ausbau sozialer Dienstleistungen, Umverteilung von Arbeit und Vermögen, innereuropäischer Ausgleich mittels koordinierter Industriepolitik etc. Fazit: Der neuen Band des BEIGEWUM empfiehlt sich als informative Lektüre für alle an der politischen Ökonomie Europas Interessierten, liefert ein überzeugendes Argumentarium gegen den neoliberalen Zeitgeist und bietet sich außerdem als Weihnachtsgeschenk an. 🍷

ARMIN PULLER

ist Redaktionsmitglied der ZUKUNFT.



BEIGEWUM (HG.) (2013):
Mythen des Sparens. Antizyklische
Alternativen zur Schuldenbremse
Hamburg ,vsa; 142 Seiten; 12,20 Euro



Familie, Stepney, London, um 1932

Edith Tudor-Hart, Neuer Silbergelatine-Abzug, 30,2 × 30,1 cm

© Scottish National Portrait Gallery / Archive presented by Wolfgang Suschitzky 2004

EDITH TUDOR-HART

WIEN MUSEUM

Welt, Träume & Bilderwelten



Charles C. Mann
KOLUMBUS' ERBE

Mit Kolumbus gelangten Menschen, Pflanzen, Tiere und Krankheiten per Schiff in neue Welten und schufen eine neue Welt. Das hatte auch gravierende politische Konsequenzen: Der «kolumbische Austausch» trug dazu bei, dass Europa zur Weltmacht aufstieg und China verdrängte. Charles C. Mann zeichnet ein spannendes Panorama dieser Vorgänge, das Kontinente und Jahrhunderte umfasst.

ROWOHLT, 816 Seiten, 36,- Euro



Frevert, Ute
VERTRAUENSFRAGEN

Wo Vertrauen in Frage gestellt wird, da gedeiht eine Kultur des Verdachts und der Rechenschaftspflichten mit langfristig fragwürdigen Folgen. Ute Frevert zeichnet die seltsame Karriere des Vertrauens in der Moderne nach, das seit dem 18. Jahrhundert säkularisiert und entmoralisiert wurde und wirft einen kritischen Blick auf die »V-Waffe«, den inflationären Einsatz des Vertrauensarguments in der Politik.

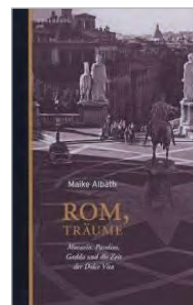
C. H. BECK, 259 Seiten, 18,50 Euro



A. Iriye / J. Osterhammel (Hrsg.)
GESCHICHTE DER WELT

Die Weltpolitik im Zeichen des Kalten Krieges, die ökonomische Globalisierung, der dramatische Wandel der Erde mit einer explosionsartigen Zunahme aller Arten von Umweltbelastungen, die Herausbildung einer globalen Kulturgemeinschaft bei gleichzeitiger, teilweise offensiv behaupteter Diversität – all diese Megatrends der Weltgeschichte seit 1945 sind Gegenstand dieses Buches.

C. H. BECK, 955 Seiten, 49,40 Euro



Maïke Albaladejo
ROM, TRÄUME

Die vielleicht schönsten Seiten der italienischen Nachkriegsgeschichte wurden in Rom zur Zeit der Dolce Vita, der fünfziger und sechziger Jahre geschrieben. Fellini und andere drehten in Cinecittà, auf der Via Veneto drängelten sich Hollywood-Stars. Das Antlitz dieser römischen Zeit aber wurde geprägt von den Freunden um Elsa Morante, Ennio Flaiano und Pier Paolo Pasolini.

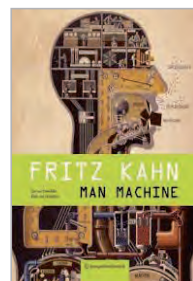
BERENBERG, 304 Seiten, 25,70 Euro



Stephen Emmott
ZEHN MILLIARDEN

Für die Herstellung eines Burgers braucht man 3000 Liter Wasser. Wir produzieren in zwölf Monaten mehr Ruß als im gesamten Mittelalter und fliegen allein in diesem Jahr sechs Billionen Kilometer. Unsere Enkel werden sich die Erde mit zehn Milliarden Menschen teilen müssen. Haben wir überhaupt eine Zukunft? Stephen Emmott will zeigen, dass wir uns längst den Boden unter den Füßen weggezogen haben.

SUHRKAMP, 207 Seiten, 15,40 Euro



Uta und Thiele von Debschitz
FRITZ KAHN

Bevor Kahn vor der antisemitischen Hetze der aufziehenden Nazizeit aus Deutschland floh, war er ein erfolgreicher Autor populärwissenschaftlicher Bücher. Die Darstellungen, die seine Bestseller illustrierten, folgten dem volksaufklärerischen Plan, biologische und physikalische Vorgänge einem breiten Laienpublikum verständlich zu machen. Hier also die wiederentdeckten Bildwelten eines Pioniers der Informationsgrafik.

TASCHEN, 392 Seiten, 40,80 Euro

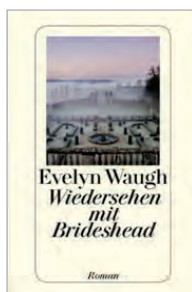
Monotonie, Untergang & Flucht



David Foster Wallace
DER BLEICHE KÖNIG

In seinem letzten, posthum erschienenen Roman schreibt David Foster Wallace gar nicht langweilig über einen langweiligen Arbeitsplatz und stellt die Frage: Was macht strukturelle Langeweile aus einem Menschen? Als Claude Sylvanshine an die amerikanische Bundessteuerbehörde versetzt wird, trifft er dort auf Kollegen, die mit der Monotonie ihrer Arbeit und somit ihres Lebens kämpfen.

KIEPENHEUER & WITSCH, 640 Seiten, 30,90 Euro



Evelyn Waugh
WIEDERSEHEN IN BRIDESHEAD

In einer neuen, blendenden Übersetzung die Geschichte von Charles Ryder und sein Eintauchen in eine exzentrische, aristokratische, katholische Familie, geprägt von einer Moral, in der sich Pflichtgefühl und Begehren, Glaube und Glück im Wege stehen. Halb Beteiligter, halb Chronist, erzählt Charles Ryder von seinen Besuchen im Familienschloss Brideshead, von einer Welt, die unterging.

DIOGENES, 544 Seiten, 27,70 Euro



Volker Reiche
KIESGRUBENNACHT

Volker Reiche hat mit Strizz von 2002 bis 2010 für die Frankfurter Allgemeine Zeitung einen sehr beliebten deutschen Zeitungcomic gezeichnet. Dieses Buch ist die Comic-Autobiographie des Zeichners. Sommer 1948: Eine Flüchtlingsfamilie versucht ihren Platz im Nachkriegsleben zu finden. Der vierjährige Volker blickt mit Staunen auf die neue Welt, auf seine Eltern, die nicht schuldlos aus dem Krieg gekommen sind.

SUHRKAMP, 231 Seiten, 22,70 Euro



Maxim Biller
IM KOPF VON BRUNO SCHULZ

Der 1942 ermordete jüdische Autor und Zeichner Bruno Schulz wird zur literarischen Hauptfigur in Maxim Billers Erzählung. Der Autor nimmt uns mit auf die Reise in die polnische Stadt Drohobycz und in das Jahr 1938. Er führt uns in einen Keller, in dem Bruno Schulz, der seinen Lebensunterhalt als Kunstlehrer verdient und vom literarischen Durchbruch in ganz Europa träumt, einen Brief an Thomas Mann schreibt.

KIEPENHEUER & WITSCH, 80 Seiten, 17,50 Euro



Douglas Coupland
SPIELER EINS

Vier Fremde begegnen einander in einer Bar: Karen hat sich von ihrem Mann getrennt und wartet auf ihr Blinddate; Ex-Alkoholiker Rick ist der Barkeeper; Luke, ein Pfarrer, hat die Kirche hinter sich gelassen; und Rachel möchte beweisen, dass sie sich ändern kann. Ein Heckenschütze erschießt Karens Blinddate, eine Giftgaswolke breitet sich aus – und die Bar scheint der einzige Zufluchtsort zu sein.

KLETT-COTTA, 246 Seiten, 20,60 Euro



Mathias Enard
STRASSE DER DIEBE

In Barcelona lebt, illegal und ohne Papiere, Lakhdar, 20 Jahre alt, aus Marokko. Gejagt von der Polizei, versteckt er sich auch vor der islamistischen Gruppe, für die er in Tanger gearbeitet hat. Politisch gleich weit entfernt von den Islamisten wie von den »Indignados«, denen sich seine Geliebte Judit angeschlossen hat, hat er nur eines im Kopf: zu sündigen und zu beten, wann ihm danach ist, kurz: frei zu sein.

HANSER BERLIN, 352 Seiten, 20,50 Euro

Bemerkenswerter Erfolg: Die Freizeitoption im Kollektivvertrag

Die Kollektivvertragsverhandlungen fanden im abgelaufenen Jahr unter für die Gewerkschaften sehr schwierigen Rahmenbedingungen statt: Die Konjunktur matt, die Arbeitslosigkeit hoch und dazu noch Arbeitgeber, die den Wert des Kollektivvertrages nicht mehr erkennen können und möglichst dezentral verhandeln wollen. Angesichts dieser ungünstigen Ausgangsbedingungen waren die Lohn- und Gehaltsabschlüsse mit 2 ½ % bis 3 % erfreulich, sie werden merkliche Reallohnzuwächse nach sich ziehen. Ärgerlich nur, wenn in der Öffentlichkeit den ArbeitnehmerInnen einzureden versucht wird, die Hälfte der Gehaltssteigerung käme gar nicht bei ihnen an, sondern verschwinde im Staatshaushalt. Als ob die Steuer- und Beitragseinnahmen nicht den ArbeitnehmerInnen in Form von Sozialleistungen, vom Arbeitslosengeld bis zu den Pensionen, und öffentlichen Dienstleistungen, von den Schulen bis zum Gesundheitssystem, zugute kommen würden.

In der Diskussion um die Höhe der Lohnabschlüsse ist ein Detail nahezu untergegangen, das vielleicht die bemerkenswerteste Innovation und den größten sozialen Fortschritt darstellt, die in den letzten Jahren gelungen sind. Im Rahmen der Abschlüsse neuer Kollektivverträge wurde im Frühjahr 2013 in der Elektro- und Elektronikindustrie und im Herbst 2013 in der Stahlindustrie und im Bergbau eine Freizeitoption vereinbart. Sie sieht auf Basis eines Abschlusses einer Betriebsvereinbarung und zusätzlicher individueller Vereinbarungen die Möglichkeit einer Umwandlung der Ist-Lohnerhöhung in konsumierbare Freizeit vor. Die vereinbarte Lohnerhöhung von jeweils knapp 3 % entspricht einer Reduktion der Jahresarbeitszeit um 60 Stunden und damit einer Ausweitung des Jahresurlaubs um 1 ½ Wochen.

Diese Option stieß, obwohl sie erst seit kurzem besteht, auf erstaunlich hohe Resonanz: In der Elektroindustrie wurde sie von etwa einem Zehntel der Beschäftigten in Anspruch

genommen und zwar recht gleich verteilt über alle Gehalts- und Altersgruppen. Der Flaschenhals besteht primär in der Zustimmung der Geschäftsführung. Mit der Freizeitoption ist den Gewerkschaften eine bemerkenswerte Innovation gelungen, mit der sie auf dem richtigen Weg sind: Wird die Option über mehrere Kollektivvertragsrunden eingesetzt, so sind nennenswerte Wohlfahrtsgewinne für die ArbeitnehmerInnen erreichbar. Zudem kann sich das Instrument als eines der erfolgversprechendsten Elemente einer Politik der Sicherung der Beschäftigung in der Industrie erweisen, wo trotz der günstigen Produktionsentwicklung aufgrund des gleichzeitigen starken Anstiegs der Produktivität die Zahl der Beschäftigten tendenziell zurückgeht.

Von einer Verringerung der Wochenarbeitszeit in den genannten Branchen profitieren überwiegend Männer. Gleichzeitig bildet diese Maßnahme jedoch eine notwendige Voraussetzung für die Verringerung der unbezahlten und die Erhöhung der bezahlten Arbeitszeit von Frauen.

Innovative Formen der Arbeitszeitpolitik, vom Recht auf Teilzeit während der Kinderbetreuungsphase über den Ausbau der Bildungskarenzen bis zur Freizeitoption im Kollektivvertrag leisten einen wesentlichen Beitrag zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie und für den Aufbau der Wissensgesellschaft, sie ermöglichen eine Umverteilung des Lebensarbeitsvolumens und geben entscheidende Impulse für mehr Lebenszufriedenheit; nicht zuletzt stellen sie ein unverzichtbares Instrument der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit dar. Mit der Freizeitoption ist den österreichischen Gewerkschaften ein großer Wurf gelungen, der im Rahmen kommender Kollektivvertragsverhandlungen fortgesetzt und auf andere Branchen ausgeweitet werden sollte.

MARKUS MARTERBAUER

leitet die Wirtschaftswissenschaft der AK Wien
und bloggt auf blog.arbeit-wirtschaft.at

